

# ZUKUNFT

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

**Spanisches Lehrstück**

Artur Streimelweger

**Schuldenreduktion**

ist mehr als Sparen

Andreas Schieder

**Die SPD kämpft wieder**

Andreas Höferl

**Neue Wege der kommunalen**

**BürgerInnenbeteiligung**

Michael Rosecker

## DAS KUPFERNE GEDÄCHTNIS

JEREMIAS ALTMANN

PLUS AKZENTE.



# EDITORIAL

Die »Schuldenbremse« in Verfassungsrang bleibt nach den Beschlüssen des jüngsten EU-Gipfels auf der politischen Tagesordnung. Abseits der demokratiepolitischen Grundsatzfrage, inwiefern wir unsere Verfassung nach den Launen der internationalen Finanzmärkte und deren vermuteten Bedürfnissen gestalten wollen, sind mit diesem Thema auch weitreichende ökonomische und politische Fragen verknüpft. Aufgrund der großen Aktualität haben wir daher den Schwerpunkt dieses Heftes kurzfristig umgestaltet.

Ausgangspunkt dieses Heftes sind allerdings die **spanischen Parlamentswahlen**, bei denen trotz (oder vielmehr wegen) des strikten Sparkurses der sozialistischen Regierung die PSOE katastrophal abgestraft wurde, das »Vertrauen der Märkte« aber dennoch nicht wiederhergestellt werden konnte. **Artur Streimelweger** untersucht die Hintergründe von **Spaniens Wirtschaftsproblemen**, die er in einen engen Zusammenhang mit einem **spekulativ aufgeblähten Immobiliensektor** sieht.

**Caspar Einem** beschäftigt sich in Fragen über Fragen mit der **Schuldenbremse** und bildet damit quasi den Auftakt zu unserem **Debattenforum**, in dem die unterschiedlichen Sichtweisen auf dieses Instrument innerhalb des sozialdemokratischen bzw. linken Lagers zum Ausdruck kommen:

Staatssekretär **Andreas Schieder** argumentiert, dass mit der Schuldenbremse die **Abhängigkeit von den Finanzmärkten** sinke und mit der Erschließung neuer Einnahmen verbunden werden sollte.

**David Walch** von ATTAC sieht hingegen in den jüngsten **EU-Gipfel-Beschlüssen**, die auch die Schuldenbremse beinhalten, die Gefahr, die ökonomisch katastrophalen **Fehler der 1930er Jahre** zu wiederholen.

Die Wirtschaftswissenschaftlerin und SPÖ-Aktivistin **Maria Maltschnig** führt nicht nur die **technischen Mankos** der Schuldenbremse ins Treffen, sie zeigt auch auf, dass die **Schuldenbremse** als **Beschäftigungsbremse** zu wirken und selbst bei guten Vorsätzen hinsichtlich neuer Einnahmen die **Hauptlast der Konsolidierung der Sozialstaat** zu tragen drohe.

Der Generalsekretär des Städtebundes, **Thomas Weninger**, bekennt sich in seinem Beitrag zur Bund-Länder-Eini-

gung in Sachen Schuldenbremse, sorgt sich aber um die Erhaltung der **Investitionskraft** der Kommunen.

**Thomas Schmidinger** schließlich wirft einen **europäischen Blick** auf die aktuell drohende **Austeritätspolitik** und fordert eine **entschlossene Demokratisierung Europas**.

Demokratie war auch eines der Leitthemen des **SPD-Parteitags** Anfang Dezember. **Andreas Höferl** war Gast bei diesem Parteitag und skizziert die von ihm festgestellte positive programmatische und organisatorische Entwicklung unserer deutschen Schwesterpartei.

**Christian Horner** stellt in einer »Polemik gegen die Polemik der Marktgläubigen« dar, weshalb die angeblich positive Wirkung »der Märkte« als **Korrektiv** demokratischer Entscheidungsprozesse eine abzulehnende **antidemokratische Haltung** beinhaltet.

Dem Thema Demokratie stellt sich auch **Michael Rosacker**: Er zeichnet **neue Wege kommunaler Beteiligungsmodelle** nach, die zu einem Mehr an Mitbestimmung führen können.

**Zwei Buchbesprechungen** machen auf Optionen für die Feiertagslektüre aufmerksam: **Armin Puller** bespricht »**Chavs – The Demonization of the Working Class**«, ein Buch das derzeit in Großbritannien Aufsehen erregt und sich gegen die unsachliche Marginalisierung der ArbeiterInnenklasse im öffentlichen Diskurs richtet. **Ludwig Dvořák** bespricht Markus Marterbauers im Herbst erschienenen »**Zahlen bitte!**«.

Nach den Buchtipps beschäftigt **Markus Marterbauer** in seiner Kolumne nochmals das Thema **Budgetkonsolidierung**, Schuldenbremse und die Notwendigkeit, Wirtschaftswachstum sicherzustellen.

Wir wünschen gute Unterhaltung beim Lesen und Schauen und alles Gute für 2012!



# Inhalt



JEREMIAS ALTMANN FOTO: REINHARD ALTMANN

Grafiken in dieser Ausgabe:  
JEREMIAS ALTMANN  
**DAS KUPFERNE GEDÄCHTNIS**

## 6 Spanisches Lehrstück

VON ARTUR STREIMELWEGER

## 10 Was bewirkt die Schuldenbremse?

FRAGEN ÜBER FRAGEN VON CASPAR EINEM

**Schwerpunkt** Debattenforum Schuldenbremse

---

## 14 Schuldenreduktion ist mehr als Sparen

VON ANDREAS SCHIEDER

## 18 Zukunftsbudget statt Schuldenbremse!

VON DAVID WALCH

## 22 Verbremst

VON MARIA MALTSCHNIG

## 24 Postdemokratisches Europa?

VON THOMAS SCHMIDINGER

## 26 Die Kommunen und die Schuldenbremse

VON THOMAS WENINGER

---

## 30 Die SPD kämpft wieder

VON ANDREAS HÖFERL

## 34 Demokratie überwindet Krise des Diktates der ungehemmten Märkte

VON CHRISTIAN HORNER

## 38 Neue Wege der kommunalen BürgerInnenbeteiligung

VON MICHAEL ROSECKER

## 42 Zahlen bitte!

VON LUDWIG DVOŘÁK

## 44 Hass auf die »Unterschichten«

VON ARMIN PULLER

## 48 Buchtipps

Sachliches & Belletristisches

## 50 Der Schulden Ursachen und ihre Bremse

SCHLUSSWORT VON MARKUS MARTERBAUER

**IMPRESSUM Herausgeber:** Gesellschaft zur Herausgabe der sozialdemokratischen Zeitschrift »Zukunft«, 1014 Wien, Löwelstraße 18. **Verlag und Anzeigenannahme:** edition rot Buch & Zeitschriften Handels & Verlags GmbH, 1014 Wien, Löwelstraße 18, Tel. 01/534 27 399, Fax DW 363, office@editionrot.at **Herausgeberbeirat:** Mag. Karl Duffek, Wien (Vorsitzender), René Cuperus, Amsterdam, Mag.® Brigitte Ederer, Wien, Univ.-Prof. Dr. Michael Holoubek, Wien, Univ.-Prof. Dr. Thomas Meyer, Bonn, Giorgio Napolitano, Rom, Dr. Werner A. Perger, Berlin, Univ.-Doz. Dr. Wolfgang Schroeder, Frankfurt a. Main, Univ.-Prof. Dr. Ivan Szelényi, New Haven, Univ.-Prof. Dr. Georg Votruba, Leipzig, Univ.-Prof. Dr. Ruth Wodak, Lancaster. **Chefredaktion:** Dr. Caspar Einem, Mag. Ludwig Dvořák (geschäftsführend) **Redaktion:** Mag. Alessandro Barberi, Bernhard Bauer, Mag.® Elisabeth Felbermair, DSA Senad Lacevic, Mag. Armin Puller, Mag. Dr. Michael Rosecker, Dr. Barbara Rosenberg, Mag. Jakob Scholz, Mag. Artur Streimelweger, Mag.® Olivia Weiß **Production Manager:** Dr. Manfred Lang **Art Direction:** Gábor Békési **Druck:** Gutenberg Druck GmbH, 2700 Wiener Neustadt **Coverfoto:** Reinhard Altmann

# Spanisches Lehrstück

**In ihrem Bemühen**, den internationalen Finanzmärkten zu entsprechen, hat sich die sozialistische Regierung Spaniens in den politischen Abgrund gespart. Bei den Parlamentswahlen am 20. November hat sie das schlechteste Ergebnis ihrer Geschichte eingefahren. Warum die noch härteren Sparansagen der neuen konservativen Regierung auch kein Garant für budgetäre Gesundheit sind und welche wohnungspolitischen Hintergründe Spaniens Finanzprobleme haben, analysiert Artur Streimelweger in seinem Beitrag.

**D**ie Finanzmärkte sind wirklich gnadenlos. Da gewinnt am 20. November dieses Jahres Mariano Rajoy, Vorsitzender der konservativen Volkspartei, die vorgezogenen Wahlen zum spanischen Parlament die absolute Mehrheit und schwört das Volk auf noch härtere Zeiten, auf noch mehr Sparen ein – und was passiert? Die Zinsen auf Staatsanleihen erreichen ein höheres Niveau als in Zeiten der sozialistischen Vorgänger-Regierung unter Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero.

Es ist ein Teufelskreislauf. Was hatte Zapatero in den letzten beiden Jahren nicht alles unternommen, um die Finanzmärkte und Rating-Agenturen als Wächter finanzpolitischer Solidität wohl zu stimmen und sein Land aus der Krise zu führen? Gegen den Widerstand der Gewerkschaften wurde der Arbeitsmarkt nachhaltig dereguliert, die Arbeitslosenversicherung und das Kindergeld gekürzt, das Pensionsalter auf 67 Jahre erhöht, Bildungs- und Forschungsausgaben zusammengestrichen, bei öffentlichen Infrastruktureinrichtungen der Sparstift angesetzt und – siehe hierzulande – eine »Schuldenbremse« eingeführt. Die Wiedereinführung einer auf zwei Jahre befristeten Vermögenssteuer kurz vor Auflösung des Parlaments mutet da angesichts des neoliberalen Sparcocktails wohl eher als verzweifelte Wahlkampfunterstützung für den Zapatero-Nachfolger und Spitzenkandidaten der Arbeiterpartei (PSOE), Alfredo Pérez Rubalcaba, an denn als glaubwürdiges Korrektiv einer ansonsten auf Einsparungen setzenden Konsolidierungspolitik.

Geholfen hat all das nichts. Wirtschaftliche Erholung ist weit und breit nicht in Sicht, im Gegenteil wirkt die Ross-

kur vielmehr krisenverschärfend. Eine Entwicklung, die die Rating-Agenturen unlängst veranlassten, die Kreditwürdigkeit Spaniens herabzustufen. Der Ausblick der wirtschaftlichen Entwicklung der viertgrößten Volkswirtschaft der Euro-Zone sei negativ, hieß es. Als Begründung führten sie neben der hohen Arbeitslosigkeit und den »ungewissen Wachstumsaussichten« die Krise am Immobiliensektor an, auf dem sich die spanische Finanzbranche – stärker als erwartet – im wachsendem Umfang »problematischen Vermögenswerten« und nicht verwertbaren Immobilien gegenübersteht. Durch die zunehmenden Probleme am Immobilienmarkt drohe eine Kreditklemme, die eine ernste Gefahr für die wirtschaftliche Erholung darstelle.

## IMMOBILIENPREISBLASE

War das Platzen der Immobilienpreisblase hauptverantwortlich für die Wirtschaftskrise Spaniens, so ist es heute wieder der Wohnungsmarkt, der nicht nur die Banken und Sparkassen durch die steigende Anzahl von Kreditausfällen und von Schuldnern übernommenen leer stehenden Wohnungen sowie unbebauten Grundstücken in immer größere Schieflage bringt, sondern dadurch auch eine Gesundung der Volkswirtschaft insgesamt erschwert.

Dabei hatte lange Jahre alles so gut ausgesehen. Für einige Jahre galt Spanien als wirtschaftspolitischer Vorzeigeschüler in der Europäischen Union. Noch vor wenigen Jahren platzte die Volkswirtschaft vor lauter Aufschwung aus allen Nähten. Angetrieben wurde der Konjunkturmotor von einem ungehemmten Wohnimmobilienboom. Die Wohnbauinvestitionen erhöhten sich durchschnittlich um 9 % pro Jahr, zwi-

schen 1995 und 2006 stiegen sie um fast das Zweieinhalbfache. Gleichzeitig schien die Hauspreisentwicklung mit jährlichen Zuwachsraten von 10 % keinen Plafond zu kennen. Am Höchststand waren es 2006 rund 800.000 Wohnungen, die »vom Stapel liefen«. Das entsprach damals einem Drittel der gesamten Neubauleistung der EU. Dahinter stand kein realer Wohnungsbedarf, sondern von Spekulation getragene Überproduktion. Dass sich dadurch eine *Double Bubble* mit ungeahntem gesamtwirtschaftlichem Gefahrenpotential aufbaute, wollte in Zeiten von Milch und Honig keiner wahrhaben.

Der Kreditapparat nicht, der von den Preisanstiegen profitierte und diese durch immer höhere Immobilienbewertungen kräftig ankurbelte, die Käufer nicht, die durch die lockere Kreditvergabe und das niedrige Zinsniveau leicht zu Wohnungseigentum kamen, die Kommunen nicht, die sich über die Mehreinnahmen aus der Bausteuer freuten und auch die Wirtschaftspolitik insgesamt nicht, die auf eine weit über dem EU-Schnitt liegende Wirtschaftsleistung verweisen konnte.

Dieses wohnbaugestützte Wachstumsmodell war aber auf Sand gebaut. In Spanien wie auch in anderen EU-Ländern mit hausgemachter Immobilienkrise (Irland, Großbritannien) sorgte das Fehlen eines breiten regulierten und geförderten Mietwohnungssegmentes dafür, dass sich die Wohnungsversorgung auf den Eigentumssektor konzentrierte. Spanien verfügt mit 85 % über eine der EU-weit höchsten Eigentümerquoten. Mangels Angebots günstiger Mietwohnungen mussten sich so auch Wohnungssuchende mit eingeschränkter finanzieller Leistungsfähigkeit für den Erwerb von Wohnungseigentum verschulden. Der Wohnungskauf auf Pump schien überdies für umso mehr Spanier attraktiv, als die Aussicht auf ständig steigende Immobilienpreise auch maßgeblich zur – kreditfinanzierten – Vermögensbildung beizutragen versprach.

Mit dem anwachsenden Marktpreis der Eigentumswohnungen erhöhte sich auch der Belehnungswert der Immobilie, was wiederum – auch ermöglicht durch die freizügige Kredit-

vergabepolitik der Banken und Sparkassen – den Haushalten ermöglichte, ein zusätzliches Darlehen zu Konsumzwecken auf den Belehnungswert (*Equity Withdrawal*) aufzunehmen. Insgesamt kam es dadurch zwischen 2000 und 2007 beinahe zu einer Verdoppelung der Haushaltsverschuldung von 70 % auf 130 % des verfügbaren Einkommens.

## FOLGEN DER DEREGULIERUNG

Möglich gemacht wurde der verschuldungsfinanzierte Wohnbauboom durch die Deregulierung und Liberalisierung des spanischen Hypothekarmarktes. Durch eine dadurch ermöglichte höhere Anzahl an Anbietern, größere Produktpalette, höhere Kreditbelehnungsquoten und längere Kreditlaufzeiten sowie starken Realzinsrückgängen infolge des Zugangs zu internationalen Finanzquellen wurde der Kreditzugang wesentlich erleichtert. Das schlug sich wiederum in einer starken Ausweitung der Hypothekarkredite von 24 % des BIP im Jahr 1998 auf 62 % des BIP im Jahr 2008 nieder.

Der Anstieg der Haushaltsverschuldung und der damit einhergehende Nachfrageboom nach neuen Wohnungen war Katalysator wie Motor zugleich für den kräftigen Wirtschaftsaufschwung, den Spanien seit Mitte der 1990er Jahre erlebte. Gleichzeitig baute sich dadurch aber am Immobilienmarkt auch ein enormes Krisenpotenzial auf. Denn der verschuldungsfinanzierte Kauf von Wohnungseigentum konnte nur so lange funktionieren, als die Immobilienpreise nach oben zeigten.

Als die »Rallye« zu Ende ging, sich die Zinsenlandschaft zusehends verschlechterte und die Preise ins Bodenlose stürzten, platzte die Blase und löste die Immobilienkrise aus. Die Eigentümer standen nun mit den entwerteten Immobilien und einem Haufen Schulden da. Immer mehr Wohnungseigentümer und Bauträger gerieten in Finanznöte und konnten ihre Kredite nicht mehr bedienen. Dadurch gerieten wiederum die Banken und Sparkassen in arge Turbulenzen, die sich nun mit den »faulen« Krediten als uneinbringliche Forderungen

gen in ihren Bilanzen konfrontiert sehen. Mit dem Resultat, dass vor allem einige der besonders am Immobilienmarkt engagierten Sparkassen vom Staat aufgefangen werden mussten. So locker die Kredite inmitten des Immobilienbooms saßen, so restriktiv erfolgt nun im Jahr IV der spanischen Immobilienkrise die Kreditvergabe der Geldinstitute. Gemeinsam mit dem staatlicherseits eingeschlagenen Sparkurs sind es die ungelösten Probleme auf dem Banken- und Sparkassensektor, die eine Erholung der spanischen Wirtschaft verhindern. Eine Erholung nach einem dramatischen Einbruch der Wirtschaftsleistung und massiven Anstieg der Arbeitslosigkeit.

Wuchs das BIP in den letzten drei Jahren (2005–2007) des Wohnbaubooms noch um durchschnittlich 3,7 % und befand sich die Arbeitslosenquote 2007 auf dem historisch niedrigen Niveau von 8 %, ging das BIP in den ersten drei Jahren (2008–2010) der Krise um durchschnittlich 1 % zurück und schoss die Arbeitslosigkeit auf 20 % im Jahr 2010 in die Höhe. Ein Jahr später liegt sie inzwischen bei 23 %. Hauptleidtragende der von einer fehlgeleiteten Wohnungspolitik ausgehenden tiefen Wirtschaftskrise in Spanien sind die Jugendlichen. Fast 50 % von ihnen sind heute arbeitslos. Sie sind die Speerspitze der »Indignados«, die »Empörten« gegen die soziale Perspektivlosigkeit, eine Protestbewegung, die ihren Ausgang auf dem Madrider Puerta del Sol genommen und sich inzwischen über ganz Spanien ausgebreitet hat.

Vor dem Hintergrund der destabilisierenden Wirkungen von Immobilienkrisen auf die Volkswirtschaft werden nun mit einiger Verspätung auch auf internationaler Ebene die Ursachen von Verwerfungen auf Wohnimmobilienmärkten vermehrt ins Blickfeld genommen. Dabei führt die Analyse zu manch Über-Bord-Werfen alter neoliberaler Gewissheiten. Mit Blick auf Spanien und andere von Immobilienkrisen geschüttelte Länder ortet etwa die OECD in der steuerlichen Förderung des Wohnungseigentums und der liberalisierten Kreditvergabe eines unregulierten Bankensektors eine wesentliche Entstehungsbedingung von Immobilienpreisbla-

sen. Als diese platzten, konnten viele Wohnungseigentümer ihre Kredite nicht nur nicht mehr bedienen, sondern blieben auch auf einem Schuldenberg und, da massiv an Wert verloren, letztlich auch auf ihren Immobilien sitzen. Die Bindung der Eigentümer an ihre Immobilien, hält die OECD in einer Studie fest, hemme ihrerseits die Mobilität. Dadurch werde wiederum der Abbau der krisenbedingt hohen Arbeitslosigkeit erschwert, weil Wohnungseigentum oftmals als Hindernis für einen Umzug in Wohnort mit offenen Stellenangeboten darstelle.

Als Lehre aus der Krise empfiehlt die OECD daher die Forcierung des Mietwohnungsbaus. Das ist eine bemerkenswerte Kehrtwende. Waren doch insbesondere internationale Organisationen, wie die eben Genannte, bislang eifrige Verfechterinnen einer eigentumszentrierten Wohnungspolitik.

## SOZIALE KRISE

Nun, da sich die Wirtschaftskrise in Spanien immer mehr auch zu einer sozialen Krise mit der EU-weit höchsten Arbeitslosigkeit, empfindlichen Einkommensverlusten und in die Hunderttausende gehenden Zwangsvollstreckungen von Eigentumswohnungen auswächst, wurde die verfehlte Wohnungspolitik schmerzlich spürbar. Jetzt fehlt es in Spanien an einem breiten sozialen Mietwohnungsangebot für die von der Krise Betroffenen. Die Regierung Zapatero reagierte darauf mit einem von der Europäischen Investitionsbank kofinanzierten »Programm zur Förderung von Mietwohnraum«. Vom damals verantwortlichen Infrastrukturminister sind dazu folgende Worte überliefert, die sich als stilles Eingeständnis eines geradewegs in die Sackgasse führenden wohnungspolitischen Wegs ausnehmen: »Zur Miete zu wohnen ist eine wirtschaftlich völlig vernünftige Entscheidung, da Ersparnisse für andere Bedürfnisse zur Verfügung stehen und man gleichzeitig flexibel bleibt, um auf sich verändernde Lebens- und Arbeitsbedingungen reagieren zu können. Die modernsten Wohnbaustrategien in Europa sind auf den Mietsektor ausgerichtet. Dies werden wir in Spanien auch tun.«

Eine solche »moderne Wohnbaustrategie« findet sich etwa in Österreich. Hierzulande platzte keine Immobilienpreisblase und zog die gesamte Volkswirtschaft in Mitleidenschaft. Das ist einem klugen Zusammenspiel eines ausgewogenen Mixes aus Miet- und Eigentumswohnungen, objektorientierter Wohnbauförderung und Mietenregulierung geschuldet. Österreich verfügt mit 56 % über eine der EU-weit geringsten Eigentümerquoten. Ein hoher Anteil an Wohnungseigentum wie in Spanien (85 %) oder Irland (75 %) macht den Wohnungsmarkt insgesamt anfälliger für spekulative Immobilienpreisentwicklungen. Ein starker Mietwohnungssektor mit einem hohen Sozialwohnungsanteil wie in Österreich wirkt demgegenüber auf Wohnungspreise und -investitionen stabilisierend. In Österreich nehmen die Miet- und Sozialwohnungen 40 % bzw. 24 % des gesamten Wohnungsbestandes ein, in Spanien liegt der Anteil nur bei 13 % bzw. 3 %.

Zu diesem wohnungspolitischen Stabilitätsmerkmal kommt ein Wohnbauförderungssystem hinzu, das mit einer Förderungsquote von über 70 % aller errichteten Wohnungen über ein erhebliches Lenkungspotenzial in der Wohnungsproduktion verfügt. Dieses starke öffentliche Engagement im Wohnbau und die damit verbundenen Anforderungen der Vermögensbindung und Kostengestaltung tragen neben dem – auch international – großen Anteil sozial gebundener Mietwohnungen maßgeblich zur Stabilität des österreichischen Wohnungsmarktes bei. Spanien ging bzw. geht in der Wohnbaufinanzierung einen anderen Weg. Sie erfolgt überwiegend über den Kapitalmarkt, nur 11 % der Wohnungen werden gefördert errichtet.

So sehr die österreichische Wohnbauförderung dazu beigetragen hat, krisenhafte Entwicklungen am Wohnungsmarkt wie in Spanien zu verhindern, so sehr droht diese nun selbst zu einem Opfer der Wirtschaftskrise zu werden. Infolge des Budgetkonsolidierungskurses der Bundesländer ist es bereits 2010 zu einem Rückgang der Förderungszusicherung um 18 % oder 6.000 Wohnungen auf nur mehr rund 27.000 Woh-

nungen gekommen. 2011 und den darauf folgenden Jahren besteht – nicht zuletzt aufgrund der nun auch in Österreich verankerten »Schuldenbremse« – keine Aussicht auf Besserung – im Gegenteil. 

**ARTUR STREIMELWEGER**

ist Redaktionsmitglied der ZUKUNFT und wohnwirtschaftlicher Referent im Verband gemeinnütziger Bauvereinigungen (GBV).  
Der Artikel spiegelt die persönliche Ansicht des Autors wider.

\* Das ist kein erfundenes Beispiel. Ich nenne bloß nicht den Namen des betrauten Unternehmens.

# Was bewirkt die Schuldenbremse?

**F**ür mich sind manche politischen Erfolge doch recht überraschend. Die Karriere des Konzepts »Schuldenbremse« gehört dazu. Wozu brauchen wir die Schuldenbremse? Als der Vorsitzende des Staatsschuldenausschusses von einer Konferenz in Washington zurückkehrte erklärte er, dass unbedingt noch vor Jahresende eine Schuldenbremse in der Verfassung festgeschrieben werden müsse, um das Vertrauen der Märkte – Finanzmärkte – in die österreichische Finanzpolitik zu sichern. Na gut.

Mit welchen symbolischen Aktionen sich Rating Agenturen und Finanzmärkte beruhigen lassen, ist auch bereits überraschend. Bloß warum ist die Schuldenbremse bei so vielen, außer bei ein paar angeblich unbelehrbaren Gewerkschaftern und oberösterreichischen Sozialdemokraten, hierzulande so relativ populär? Ich weigere mich einfach zu glauben, dass die Mehrheit der BürgerInnen ohnehin überzeugt ist, dass es sich bei der Schuldenbremse bloß um einen »Schmäh« handelt. Weil dann wäre es ja egal, was man in die Verfassung schreibt. Dann könnte tatsächlich im nächsten Schritt, wie von Ferdinand Lacina angeregt, in der Verfassung mit aufgenommen werden, dass die Regierung regiert. Auch das wäre wohl folgenlos.

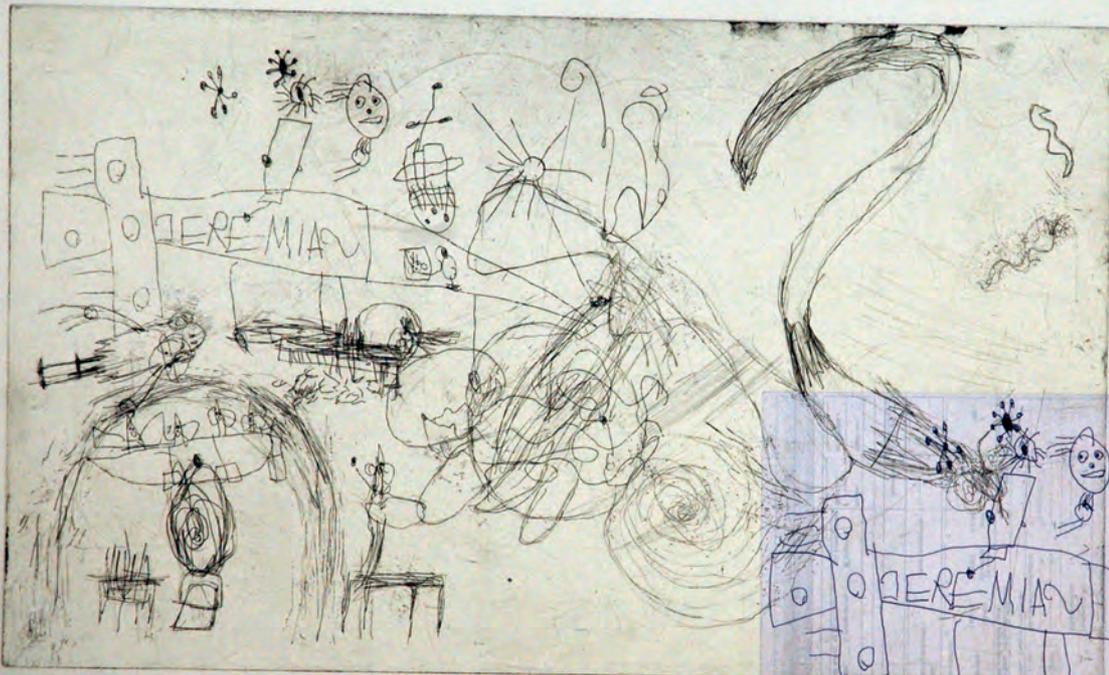
Was aber, wenn die Schuldenbremse nicht bloß ein Symbol bleiben soll? Dann kommt es zu Leistungskürzungen bei den öffentlichen Händen, vielfach sogar zusammen mit Verschlechterungen bisher geleisteter Services und deren Verteuerung. Anhand einer Aufgabe, die von einer ausgegliederten privatrechtlich verfassten Einrichtung erbracht wird, dargestellt: Der Bund muss im Sinne der Schuldenbremse sparen und kann daher den Ersatz der Kosten der in seinem Namen und Auftrag wahrgenommenen Aufgabe nicht mehr voll bezahlen. Das betraute Unternehmen kann allerdings den Ausfall im Kostenersatz nicht einfach schlucken und hat überdies das Problem, dass die Europäische Kommission neue Regeln beschlossen, die von diesem Unternehmen exekutiert werden müssen. Das würde für 2012 zusätzliche Personalausstattung

und Nebenkosten verursachen. Einziger Ausweg: Die Kapazität zur Erfüllung der Aufgaben nur teilweise erweitern und gleichzeitig die Gebühren für deren Erbringung erhöhen.\* Die Begeisterung der betroffenen »Kunden« bzw. »Normunterworfenen« wird sich in Grenzen halten. Und von dieser Sorte von Effekten ist bei ernsthafter Anwendung der Schuldenbremse jedenfalls auszugehen.

Diese Einschätzung muss nicht gegen ein klares Bekenntnis sprechen, die Staatsfinanzen zu konsolidieren. Aber spricht nicht alles dafür, die Bevölkerung zumindest aufzuklären, was nun zu erwarten ist? Brauchen wir allenfalls schon jetzt eine Verfassungsbestimmung, dass die Regierung regiert? Und würde sie nicht dann versuchen müssen, die Bevölkerung für ihre Bemühungen, zu sparen, zu gewinnen? Ich würde mich jedenfalls ohne klare Worte, ohne den Versuch die Bevölkerung einzubeziehen, vor den nächsten Wahlen fürchten. Oder sprechen die Erfahrungen in den anderen EURO-Ländern dazu keine klare Sprache? 

CASPAR EINEM  
ist Chefredakteur der Zukunft.

**DAS KUPFERNE  
GEDÄCHTNIS**  
JEREMIAS ALTMANN



# DAS KUPFERNE GEDÄCHTNIS

JEREMIAS ALTMANN

Seine Kinderzeichnungen, von der Mutter liebevoll aufbewahrt und beim Räumen zufällig aufgefunden, nutzte Jeremias Altmann für seine Diplomarbeit an der kunstschule.at. Was, fragt er sich nach acht Semestern Kunststudium, bedeuteten dem 3- oder 5-jährigen Knaben die Zeichnungen damals, was hat er gezeigt, was mitgeteilt? Jeremias Altmann weiß, dass solche Fragen zu nichts führen, dass er sich keine Antwort geben kann. Was er aber tun kann, ist, aus seiner heutigen Sicht die alten Zeichnungen zu befragen und »aufzuheben«, sie also zu archivieren, neu zu interpretieren und in eine höhere, künstlerisch gestaltete Form zu bringen.

Jeremias Altmann zeichnet nun nach dem bunten »Kinderspaß« mit Kugelschreiber, indem er die kindlichen Umrisslinien mit erwachsenen, an Comics und Graffiti geschulten Inhalten füllt. Ob er damit dem kindlichen Zweck entspricht, ist nicht mehr die Frage: Der Künstler hat sich seine alten Zeichnungen nun angeeignet, sich anverwandelt. Was dabei verloren ging, erkannte er, war die Expressivität, Ungezwungenheit und Spontaneität der ursprünglichen Bildsprache. Die tatsächlichen Bildinhalte zu rekonstruieren, war ihm unmöglich.

Nun ging er einen Schritt weiter: auf einer Kupferplatte zeichnete er die Kinderzeichnung ab, ätzte, ergänzte mit Aquatinta, verfeinerte mit Kaltnadel und druckte. Im Druckvorgang allerdings montierte er die Kinderzeichnung, die als Vorlage für die Radierung diente, als chinesische Collage mit. Wir sehen also im gedruckten Blatt die montierte farbige Kinderzeichnung und die schwarzweiße Radierung. Auf die Kupferplatte mit der ersten Abbildung radierte nun Altmann die zweite Kinderzeichnung und druckte sie, wie die erste, mit der eincollagierten Kinderzeichnung. Und so weiter radierte er insgesamt 21 Kopien der Kinderzeichnungen in die Platte, deren einzigem Abdruck er jeweils die Zeichnung eincollagierte. Aus dem »Kinderspaß« entstand das »Kupferne Gedächtnis«, das, eine über oder neben der anderen liegend, die radierten Interpretationen der Zeichnungen und die Original-Zeichnungen selbst bewahrt. Da aber die feinen, durch die Ätzung oder Ritzung verursachten Verletzungen der Oberfläche der Kupferplatte mit jeder weiteren Bearbeitung und jedem weiteren Druck verändert, unscheinbarer, kleiner, heller werden und zu verschwinden drohen, entspricht die Kupferplatte nun auch im Vergessen dem menschlichen Gedächtnis: Eingepprägtes wird durch weitere Einprägungen überlagert und sinkt zum Grund, wo es unbeachtet und unerkant liegen bleibt. Und vielleicht eines Tages wieder auftaucht. Wie Kinderzeichnungen ...

*Philipp Maurer*

Der Zyklus »Das Kupferne Gedächtnis« von Jeremias Altmann ist bis Mitte Februar 2012 im Dr.-Karl-Renner-Institut zu sehen.





# Schuldenreduktion ist mehr als Sparen

**Die Schuldenbremse ist** eine von der Bundesregierung gesetzte Maßnahme für mehr Unabhängigkeit von den Finanzmärkten. Finanzstaatssekretär Schieder zur Ausgestaltung, Folgen und unterstützende Bemühungen.

In Griechenland beträgt die Staatsverschuldung derzeit etwa 157 Prozent. Für die Aufnahme längerfristiger Schulden würden für den griechischen Staat derzeit mehr als 35 Prozent Zinsen anfallen. In Portugal ist die Staatsverschuldung mit 101 Prozent ebenso wie in Irland mit 112 Prozent über 100 Prozent. In Irland liegt die Sekundärmarktrendite auf 10-jährige Anleihen bei knapp unter neun Prozent, während sie in Portugal 13 Prozent beträgt. Alle drei genannten Staaten werden daher vom Europäischen Rettungsschirm unterstützt. Auch in Italien, das derzeit eine Staatsschuldenquote von 120 Prozent aufweist, liegt die Höhe der Zinsen nur knapp unter der als kritisch angesehenen Sieben-Prozent-Schwelle. Österreich bezahlt derzeit mit etwas mehr als drei Prozent auf 10-jährige Anleihen vergleichsweise niedrige Zinsen.

Was auf den ersten Blick wie ein sprödes und abstraktes Zahlenwerk wirkt, hat reale Auswirkungen auf die Politik und die Gesellschaft. Vor allem in Zeiten großer wirtschaftlicher Unsicherheit heißt das, sich den irrationalen Finanzmärkten anzuliefern. Denn mit jedem Prozent mehr, das die Staaten für die Aufnahme von Anleihen bezahlen müssen, fehlt das Geld für Investitionen in die entscheidenden Zukunftsbereiche wie Bildung, Forschung oder Infrastruktur.

## WEG VON DER ABHÄNGIGKEIT

Darum gilt: Je geringer die Abhängigkeit von den Finanzmärkten, desto größer der Handlungsspielraum der Politik. Daher haben sich die Staats- und Regierungschefs der Eurozone bei ihrem Treffen in Brüssel am 26. und 27. Oktober auf eine Formulierung geeinigt, wonach alle Staaten eine Schuldenbremse einführen sollen – vorzugsweise im Verfassungsrang oder auf gleichwertiger Ebene. Dieser Auftrag wurde während des EU-Gipfeltreffens am 8. und 9. Dezember wiederholt. Allerdings steckt der Teufel, wie so oft, im Detail.

## INTERNATIONALE VERGLEICHE

Internationale Vergleiche zeigen, dass es fast so viele unterschiedliche Formen der Schuldenbremse gibt, wie Länder, in denen sie bereits eingeführt ist. Schon der Begriff »Schuldenbremse« ist nicht klar definiert. Steht er in einigen Ländern als Synonym für »Fiskalregel«, wird er in anderen Ländern als gesetzliche verankertes Nulldefizit verwendet. Schweden etwa gilt als Musterland der Fiskalregeln. Bereits im Jahr 2000 beschloss das Parlament einen verpflichtenden Richtwert eines Haushaltsüberschusses von durchschnittlich zwei Prozent des BIP pro Jahr, der später auf ein Prozent gesenkt wurde. Hierbei ist der Durchschnitt der Budgetsalden über mehrere Jahre entscheidend. Zusätzlich wurden auch Ausgabenobergrenzen festgelegt, wie sie auch in Österreich gelten. Polen hat in Vorbereitung auf die Einführung des Euro die maximale Maastricht Schuldenquote von 60 Prozent in den Verfassungsrang gehoben. Damit ist ab diesem Schuldenstand keinerlei Neuverschuldung mehr erlaubt. Konsolidierungsschritte müssen bereits ab einer Verschuldung von 55 Prozent in Angriff genommen werden. Die wohl absurdeste Form der Schuldenbremse existiert in den USA. Eine nominelle Grenze der zentralstaatlichen Verschuldung, die nicht überschritten werden darf. Nachdem diese Regel immer wieder gebrochen wird, wird die nominelle Grenze immer wieder angehoben.

## SCHULDENBREMSE

Österreich hat sich entschieden, seine Schuldenbremse an der deutschen Regelung anzulehnen. Die deutsche Schuldenbremse, im Jahr 2009 als Grundgesetz beschlossen, sieht vor, dass sich die öffentlichen Haushalte prinzipiell nicht mehr verschulden dürfen. Ziel der Maßnahme ist ein strukturell ausgeglichener Haushalt, der die Wirkung automatischer Stabilisatoren über den Konjunkturzyklus nicht einschränkt. Von diesem Grundsatz sind Naturkatastrophen und außergewöhn-

liche Notsituationen, die sich der Kontrolle des Staates, wie Wirtschaftskrisen, entziehen, ausgenommen. Diese Regelungen wurden auch in den Text der österreichischen Schuldenbremse übernommen. Gegenüber dem zunächst kolportierten Vorschlag der Finanzministerin ein deutlicher Fortschritt. Dieser hätte einerseits eine fixe Obergrenze der Staatsschuldenquote vorgesehen und auch ein Zwang zur Senkung der Ausgaben (75 Prozent). Mit dem nun gefundenen Modell wird die Flexibilität, die Fiskalpolitik benötigt, erhalten.

## DIE PRAXIS

Budgetkonsolidierung bleibt ein wichtiger Auftrag an die Politik. Gleichzeitig bedeutet die nun gefundene Regelung aber auch, dass der Staat seine Handlungsfähigkeit bewahrt. Denn sollte es wieder zu einer Krisensituation kommen, sind weiterhin Gegenmaßnahmen möglich. Was also 2009 und 2010 notwendig war und Österreich relativ glimpflich durch die Krise kommen ließ, wird durch die Schuldenbremse nicht verhindert. Außerdem können die automatischen Stabilisatoren auch weiterhin wirken. Denn eines ist klar: Die Schuldenbremse darf nicht zur Wachstumsbremse werden. Denn der Grund für die heute relativ hohe Schuldenquote liegt auch darin, dass das Geld für Konjunkturpakete verwendet wurde, um die schlimmsten Auswirkungen der Krise zu verhindern. Kurz nach Ausbruch der Krise, im Jahr 2008, hatte Österreich eine Schuldenquote von 61 Prozent, und damit nur knapp über dem von der EU geforderten Ziel. Festzuhalten ist außerdem, dass der Bund in Österreich bereits über ein sehr gutes Haushaltsrecht verfügt, das unter anderem auf der Basis von mehrjähriger Planung und Transparenz für stabile Finanzen sorgt.

## CHANCE FÜR UMVERTEILUNG

Daher ist es für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auch nicht hinnehmbar, dass sich die notwendige Budgetkonsolidierung ausschließlich über Ausgabenkürzungen finanzieren soll. Die Debatte um die Schuldenbremse bietet auch die

Möglichkeit, umverteilende Maßnahmen zu setzen. Mit 0,6 Prozent liegt Österreich bei den vermögensbezogenen Steuern deutlich hinter dem OECD-Schnitt von 1,9 Prozent. Würde der Anteil an vermögensbezogenen Steuern auf den Wert des OECD-Durchschnitts angehoben werden, könnte das Budgetdefizit im Jahr 2013 halbiert werden. Hier gilt es anzusetzen. Immerhin besitzt das reichste ein (!) Prozent der österreichischen Bevölkerung ein Drittel des gesamten Vermögens und das oberste Zehntel besitzt 61 Prozent aller Immobilien. Die SPÖ hat ihre Positionen auf den Tisch gelegt. Nun gilt es, Verhandlungen über die konkrete Ausgestaltung aufzunehmen.

## REGULIERUNG

Neben der konkreten Ausgestaltung der Maßnahmen geht es aber auch darum, diejenigen stärker zur Verantwortung zu ziehen, die die Krise, in der wir uns immer noch befinden, verursacht haben. Unregulierte Finanzmärkte haben dabei einen entscheidenden Beitrag geleistet. Erste Ansätze für eine verbesserte Regulierung wurden bereits getroffen, doch noch gehen sie nicht weit genug.

- Stichwort Ratingagenturen, die über das Schicksal von Staaten entscheiden können, ohne Haftungen oder Risiko. Die EU-Kommission hat nun Regeln für eine verstärkte Transparenz und Haftungen im Falle fehlerhafter Ratings oder fahrlässigen Handelns vorgeschlagen.
- Stichwort Eigenkapitalquote von Banken: Zumindest neun Prozent soll die Eigenkapitalquote großer europäischer Banken in Zukunft betragen. Ein notwendiger Schritt für ein zukunftsfähiges Bankenwesen. Mittelfristig muss das Ziel aber lauten, dass Banken wieder zu ihrem Kerngeschäft zurückkehren: die Transformation von Einlagen in Kredite für die reale Wirtschaft.
- Stichwort Finanztransaktionssteuer: Angetrieben von Europas Sozialdemokraten hat nun auch die EU-Kommission

einen Vorschlag unterbreitet, wonach die Finanztransaktionssteuer ab dem Jahr 2014 eingehoben werden soll. Ein wichtiger Beitrag für das Budget einerseits und die Regulierung der Märkte andererseits.

- Stichwort Trennbankensystem: Mittelfristig muss es zu einer Trennung zwischen dem Einlagengeschäft einer Bank und dem Investmentgeschäft kommen.
- Stichwort: Verbot von Spekulationen auf Nahrungsmittel

Die Schuldenbremse ist und war ein wichtiger Schritt, um die Unabhängigkeit von den Märkten zu verringern und den Handlungsspielraum für die Politik zu erhalten. Doch nur gemeinsam mit wirksamen Schritten zur Umverteilung, Strukturänderungen, eine Stärkung des Wachstums und Regulierung der Finanzmärkte wird Österreich, wird Europa, in eine stabile Zukunft blicken können. 

**ANDREAS SCHIEDER**

ist Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen.

**DAS KUPFERNE  
GEDÄCHTNIS**  
JEREMIAS ALTMANN



# Zukunftsbudget statt Schuldenbremse!

In den jüngsten EU-Gipfel-Beschlüssen, die auch die Schuldenbremse beinhalten, sieht David Walch von ATTAC die Gefahr, die ökonomisch katastrophalen Fehler der 1930er Jahre zu wiederholen und setzt sich dafür ein, die Staatsfinanzierung den Finanzmärkten zu entziehen und den Finanzsektor via Regulierung massiv zu schrumpfen.

Europa steht vor einer neuerlichen Rezession. Ende November hat die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in ihrem Ausblick zur wirtschaftlichen Entwicklung die Wachstumsprognosen für die Eurozone fast durchgängig nach unten korrigiert. Die dramatischen Folgen europaweiter koordinierter Kürzungspolitik können wir seit fast zwei Jahren an den Ländern der europäischen Peripherie ablesen: Eine schrumpfende Wirtschaft und steigende Arbeitslosigkeit führen zu einem Rückgang der Staatseinnahmen und weiteren Anwachsen der Staatsverschuldung. Europa ist gerade dabei die fatalen Fehler der 30er Jahre zu wiederholen.

Die Beschlüsse des EU-Gipfels Anfang Dezember haben eindrucksvoll bestätigt, dass die Regierungen die wahren Ursachen der Krise – deregulierte Finanzmärkte, ungleiche Vermögensverteilung, niedrige Löhne sowie Steuerwettbewerb und Steuerflucht – weiter unangetastet lassen:

- Strafsanktionen für Defizitländer helfen nicht beim nötigen Abbau von Handelsungleichgewichten. Dafür sind koordinierte Lohnpolitik und ein Ende des Lohndumpings der »Exportweltmeister« wie Deutschland oder Österreich nötig.
- Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) befreit die Staaten nicht von hohen Zinsen und der Abhängigkeit von den Finanzmärkten.
- Ohne strikte Finanzmarkt- und Bankenregulierung drohen den öffentlichen Haushalten weitere milliardenschwere Rettungspakte.

- »Schuldenbremsen« ohne Eindämmung von Steuerflucht und koordinierte Erhöhungen von Steuern auf Vermögen, Kapitaleinkommen und Unternehmensgewinnen führen in die Rezession und sind lediglich Mittel zum Abbau von sozialen Rechten.

Pünktlich zum Wirtschaftsabschwung drängt also nun ganz Europa auf eine »Schuldenbremse im Verfassungsrang«. Das Vorhaben diese in der österreichischen Verfassung zu verankern wird innenpolitisch weiter Staub aufwirbeln. Was ist also von einer Schuldenbremse zu halten?

## AUF ZURUF DER MÄRKTE

Argument Nummer eins der Befürworter ist der »massive Druck der Finanzmärkte« auf Europas Politik. Tatsächlich herrscht seit Monaten auf den »Märkten« großes Misstrauen gegenüber den Staaten der Eurozone. Das ließ die Zinsen für Staatsanleihen steigen und die Kosten für Kreditausfallversicherungen gewaltig in die Höhe schießen. Anfang Dezember drohte Standard & Poors gleich 15 (!) EU-Ländern mit einer Herabstufung ihres Ratings, deutlich mehr Kosten für den Schuldendienst wären die Folge.

Nun ist Politik und eine Verfassungsänderung im speziellen auf Zuruf der Märkte (wer hat die eigentlich gewählt?) schon grundsätzlich eine demokratiepolitische Bankrotterklärung. Denn abgesehen von wirtschaftspolitischem Sachverstand hindert die Regierung nichts daran, jede Politik zu befolgen, die sie politisch für klug. Dennoch will man sich selbst und nachfolgende Regierungen »im Auftrag der Märkte« quasi entmündigen. Doch scheinbar ist es auch den »Märkten« nicht verborgen geblieben, dass Kürzungen alleine die

Budgetsituation in Europa langfristig nicht lösen werden. Daher sind auch alle bisherigen Bemühungen der europäischen Politik, die Panikattacken der Finanzmärkte zu besänftigen, fehlgeschlagen. Dies zeigten auch die ersten Reaktionen der Ratingagenturen nach dem EU-Dezembergipfel. Dabei hätte schon das Beispiel Spanien eine Warnung sein müssen: Die Sekundärmarktzinssätze spanischer Staatsanleihen stiegen in den Tagen rund um den Beschluss der Schuldenbremse weiter und haben mittlerweile sogar ein neues Rekordniveau erreicht.

Was wäre also die bessere Lösung im Umgang mit den hypochondrischen Märkten? Die einzig sinnvolle Antwort ist die Staatsfinanzierung den Finanzmärkten zu entziehen und den Finanzsektor via Regulierung massiv zu schrumpfen. Konkret bedeutet dies gemeinschaftliche europäische Staatsanleihen (Eurobonds) mit niedrigen und festgelegten Zinsen unterhalb der Wachstumsrate zu vergeben. Falls diese nicht zur Gänze von Privaten gekauft werden, sollte dies die Europäische Zentralbank (EZB) tun. Diese würde somit eine aufgewertete Rolle im Dienste der Finanzstabilität übernehmen. Private Anleger erhielten damit sichere Anlagemöglichkeiten, Ratingagenturen hätten keine Funktion und Macht mehr. Die Finanzmärkte haben jedenfalls bewiesen, dass sie aufgrund ihrer Panikattacken und ihres Herdenverhaltens ungeeignet sind eine Staatsfinanzierung im Sinne der Gesellschaft wahrzunehmen.

Immer deutlicher wird sichtbar, dass die Regierungen die selbstaufgelegten Fesseln der Finanzmärkte und Ratingagenturen zum massiven Abbau des Sozialstaates nutzen. Vergessen wird dabei, dass die Staaten mit den fortgeschrittensten Sozialsystemen am besten durch die Krise kommen. Die »Schuldenbremse« suggeriert, die aktuelle Staatsverschuldung wäre ein Problem unverantwortlicher Budgetpolitik. Doch die Staaten stecken nicht aufgrund ausgeweiteter Sozialausgaben in der Krise oder weil die Mehrheit der Menschen »über ihre Verhältnisse« gelebt hätten. Erst durch die Finanz- und Ban-

kenkrise und die nötigen Konjunktur- und Bankenpakete ist die Staatsverschuldung massiv gestiegen. Österreichs Schulden sanken in den Jahren vor der Krise von 1995 bis 2007 von 68,3 auf 60,7 Prozent des BIP. Seit Beginn der Krise ist der Schuldenstand in der Eurozone 66,3 auf 85,6 Prozent gestiegen.

Diese Daten belegen eindrucksvoll: Ohne strikte Finanzmarkt- und Bankenregulierung ist eine Schuldenbremse so sinnvoll wie ein Gesetz gegen schlechtes Wetter. Europas Banken haben eine Kapitallücke von mehr als hundert Milliarden Euro und Österreich kommt vorrangig durch riskante Ostgeschäfte österreichischer Banken in die internationalen Schlagzeilen. Die sinnvollsten »Schuldenbremsen« wären daher effektive Finanzregulierungen, die Bankenrettungen vorbeugen: Systemrelevante Banken, welche früher oder später Staatsbankrotte und den Zusammenbruch der Eurozone bewirken, müssen endlich zerteilt werden. In einem ersten Schritt kann das durch die Trennung von Geschäfts- und Investmentbanken erfolgen.

## DRASTISCHE KÜRZUNGEN

Wie sind die nackten Zahlen und die volkswirtschaftlichen Auswirkungen der Schuldenbremse zu bewerten? Der Bund soll ab 2017 nur noch maximal 0,35 Prozent Neuverschuldung aufweisen und strukturell ausgeglichen bilanzieren. Dies würde nach derzeitigen Schätzungen Einsparungen von über neun Milliarden Euro erfordern. Die Probleme beginnen bereits bei den großen Unsicherheiten der Berechnungsmethoden eines strukturellen Defizits, da dies von zukünftigen und somit unbekanntem Faktoren (wie Wachstum, etc.) abhängt.

Dort, wo die Menschen sinnvolle Einsparungen erhoffen (etwa bei einer ausgewogenen Verwaltungsreform), werden sie wohl kaum stattfinden. Viel eher drohen drastische Kürzungen beim Sozialstaat und weitere Privatisierungen. Gleichzeitig werden durch ein Gesetz im Verfassungsrang die Möglichkeiten stark eingeschränkt, konjunkturelle Schwankungen auszugleichen und durch Investitionen zukünftigen

Wohlstand zu schaffen. Langfristig sind Staatsfinanzen nur dann in Ordnung zu bringen, wenn ein Staat sich der konjunkturellen Situation angepasst verhält und auch einnahmenseitig neue Spielräume schafft.

### MIT BUDGETPOLITIK AUS DER KRISE

Die Regierung beweist mit der Schuldenbremseneuphorie, dass das Budget zu wichtig ist, um es ihr allein zu überlassen. Die breite zivilgesellschaftliche Allianz »Wege aus der Krise« präsentierte daher bereits im Oktober 2011 eine umfassende einnahmen- und ausgabenseitige Reform des Staatshaushaltes: Das zivilgesellschaftliche Zukunftsbudget 2012 »Umdenken, Umgestalten, Umverteilen.« Es liefert nicht nur einen notwendigen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung, sondern ermöglicht eine verteilungsgerechte Finanzierung von Zukunftsinvestitionen. Es bekämpft damit in seiner Gesamtheit die Ursachen der Finanz-, Wirtschafts-, Sozial- und Klimakrise.

Auf der Einnahmenseite des zivilgesellschaftlichen Budgets stehen: höhere Steuern auf Vermögen, die Abschaffung von Steuerprivilegien für Kapitaleinkommen sowie eine stärkere Besteuerung von Ressourcenverbrauch und ein Ende für umweltschädliche Subventionen. Von den so zusätzlich gewonnenen 7,9 Milliarden Euro fließen je 1,5 Milliarden in die Entlastung niedriger Arbeitseinkommen und in die EU-konforme Reduktion des Defizits. Die restlichen knapp fünf Milliarden Euro setzen bei den Bedürfnissen der Menschen und den globalen Herausforderungen an: Investitionen in Bildung, Gesundheit und Pflege, nachhaltige Energieformen und Ausbau des öffentlichen Verkehrs sowie eine qualitativ hochwertige kommunale Grundversorgung. Mehr als 80.000 neue Arbeitsplätze können so geschaffen werden.

Ein paar Beispiele für dringend nötige Investitionen: Eine Milliarde Euro für die Hochschulen garantiert, dass ein öffentliches Gut wie Bildung auch öffentlich bleiben kann. In das Pflege- und Betreuungssystem werden rund 600 Millionen

Euro investiert. Fast eine Milliarde Euro ist für Verbesserungen der Sozialleistungen und Arbeitsmarktpolitik vorgesehen. Um Erwerbsarbeit gerechter zu verteilen sollte die gesetzliche Arbeitszeit auf 38,5 bzw. 38 Stunden reduziert werden. 290 Millionen Euro für staatliche Übergangsförderungen sind dafür vorgesehen.

Die Notwendigkeit einer Konsolidierung des Budgets ist unbestritten. Dafür benötigt es aber vor allem ein ausgewogenes Verhältnis zwischen sinnvollen Ausgaben und verteilungsgerechten Einnahmen – gerade bei letzteren ist viel zu tun, denn die Steuerbelastung für Konzerne und Vermögende wurde in den letzten Jahren stetig reduziert. Kräftiges Umverteilen nach oben hat die Schere zwischen Arm und Reich weit geöffnet. Eine Trendumkehr ist dringend nötig.

Die Allianz »Wege aus der Krise« fordert daher einen transparenten und breiten demokratischen Budget-Prozess, in den zivilgesellschaftliche Organisationen eingebunden werden. Eine Schuldenbremse wirkt gerade in schwierigen Zeiten krisenverschärfend und wird rasch zur Beschäftigungs-, Sozial-, und Zukunftsbremse. 

**DAVID WALCH**

ist Pressesprecher von Attac Österreich, [www.attac.at](http://www.attac.at)

Informationen zum zivilgesellschaftlichen Budget:  
<http://www.wege-aus-der-krise.at>

**DAS KUPFERNE  
GEDÄCHTNIS**

JEREMIAS ALTMANN



# Verbremst

Einen äußerst kritischen Blick auf die »Schuldenbremse« wirft Maria Maltchnig: Sie sei technisch wenig durchdacht, wirtschafts- und sozialpolitisch hingegen brandgefährlich und zwar selbst dann, wenn – was derzeit wenig realistisch erscheint – echte Vermögenssteuern mit hohem Ertrag eingeführt würden.

In den vergangenen Monaten ist etwas Erstaunliches passiert. Die Krise der Finanzmärkte, die sich zu einer Krise der Realwirtschaft ausgewachsen hat, ist in der öffentlichen Debatte zu einer Staatsschuldenkrise mutiert. Plötzlich heißt es, wir (wer ist eigentlich wir?) hätten »über unsere Verhältnisse gelebt«. Deshalb würden die Finanzmärkte den Staaten nicht mehr vertrauen und diese mit hohen Zinsen auf Staatsanleihen bestrafen, was die Staaten noch mehr in finanzielle Bedrängnis bringt.

Dass die Schuldenstände fast aller EU-Länder bis zum Ausbruch der Finanzkrise im Sinken begriffen waren – die Schuldenquote ist in Österreich von 68 % 1995 auf 60 % 2007 gesunken, im Euroraum im selben Zeitraum von 72 % auf 66 % – und der Anstieg der Staatsschulden in den letzten Jahren nahezu ausschließlich auf die Wirtschaftskrise zurückzuführen ist (Bankenrettung, Konjunkturpakete, Mehrausgaben für Arbeitslosigkeit u. a.), wird geflissentlich verschwiegen. So kam es dann auch, dass die österreichische Bundesregierung plötzlich verlautete, eine Schuldenbremse in der Verfassung verankern zu wollen, um ein vertrauensbildendes Signal an die Finanzmärkte zu senden. So weit, so gut.

## RECHENPROBLEME

Am 7. Dezember beschloss der Nationalrat nun ohne die Stimmen der Opposition, dass der Bund (mangels Verfassungsmehrheit tangiert der Beschluss Länder und Gemeinden nicht) ab 2017 ein strukturelles Nulldefizit vorzuweisen hat. Das Konzept des strukturellen Defizits geht davon aus, dass es im konjunkturellen Verlauf einen fiktiven Idealzustand gibt, in dem das so genannte Produktionspotenzial voll ausgeschöpft ist. In diesem Fall sind reales und strukturelles Defizit identisch. Weicht die konjunkturelle Entwicklung von diesem

Idealzustand ab, entsteht für den Staat automatisch ein Defizit, weil etwa Steuereinnahmen sinken oder die Ausgaben für das Arbeitslosengeld steigen.

Die Frage, die sich hier aufdrängt ist: Woher weiß man wie hoch das Produktionspotenzial ist und welcher Teil vom Defizit daher struktureller Natur ist? Tatsächlich ist das nicht herauszufinden, sondern lediglich annäherungsweise zu schätzen. Die Berechnungen, die dafür angestellt werden sind hoch komplex und hängen von drei unbekanntem Variablen (Potentialwachstum, zukünftiges Wirtschaftswachstum, Budgetsensitivität) ab. Wie ungenau in der Praxis diese Berechnungen sind, zeigt sich darin, dass das von der Europäischen Kommission für Österreich berechnete strukturelle Defizit in den Jahren 2008 bis 2010 im Durchschnitt um einen Prozentpunkt revidiert werden musste.

Alleine für das Jahr 2009 wurde das strukturelle Defizit zuerst auf 2,3 Mrd., dann auf 10,6 Mrd. und schließlich auf 6,7 Mrd. Euro geschätzt. Diese »Ungenauigkeiten« führen in der Praxis zu einem gewaltigen Problem. Wenn der Staat durch eine Konjunkturschwäche automatisch höhere Ausgaben aufweist (z. B. steigende Arbeitslosengelder), kann durch die Schätzungsmethode der Eindruck entstehen, dass zumindest Teile dieser Mehrausgaben nicht konjunkturell, sondern strukturell bedingt sind. Durch die Restriktionen des strukturellen Nulldefizits können – trotz der theoretischen Ermöglichung von Konjunkturpolitik – in der Praxis antizyklische Maßnahmen zumindest erschwert werden. Beim strukturellen Nulldefizit angekommen, eröffnet jede Revision des bisherigen Pfades neue Spielräume oder zwingt zur Konsolidierung und sorgt damit für eine unberechenbarere Budgetpolitik.

1. Siehe dazu etwa GEORG FEIGL in Wirtschaftspolitik – Standpunkte 4/2011, Arbeiterkammer Wien
2. Bei der Regierungsklausur im Oktober 2010 in Loipersdorf wurden Einsparungen und Mehreinnahmen von 2,8 Milliarden Euro beschlossen.
3. Siehe dazu etwa ALFRED J. NOLL in Juridikum 4/2011

## BESCHÄFTIGUNGSBREMSE

Abseits von den technischen Problemen, die die Schuldenbremse aufwirft, muss man sich der Frage stellen, ob ein strukturelles Nulldefizit auch wenn die Berechnung funktionieren würde, ein sinnvolles Ziel ist. Jedes Unternehmen, das Investitionen tätigt und plant zu wachsen, nimmt dafür Kredite auf. Menschen, die ein Haus bauen oder sich eine Eigentumswohnung kaufen, verschulden sich dafür. Zählt man die Schulden aller Unternehmen in Österreich zusammen, machen diese 350% des Bruttoinlandsproduktes aus.<sup>1</sup> Zum Vergleich: Die Staatsschulden stehen bei 72% des BIP. Ein Staat muss handlungsfähig sein.

Wenn die Politik erkennt, dass es in gewissen Bereichen akuten Investitionsbedarf gibt, dann muss sie auch in der Lage sein, dafür Geld in die Hand zu nehmen. Wenn das nicht mehr möglich ist, schränkt der Staat seinen Handlungsspielraum ein. Beschäftigungspakete zu schnüren, geht dann nicht mehr so ohne weiteres. Die Schuldenbremse kann so in Windeseile zu einer Beschäftigungsbremse werden. Angesichts der momentanen wirtschaftlichen und politischen Situation, in der es EU-Regionen gibt, in denen ein Großteil der unter 25-Jährigen arbeitslos ist, ist das verheerend. Österreich konnte sich bis jetzt durch Konjunkturpakete, aktive Arbeitsmarktpolitik und relativ vorsichtige Konsolidierungsmaßnahmen vergleichsweise gut über die letzten Krisenjahre retten. Dabei ist der Schuldenstand weit weniger angewachsen als in anderen Ländern, die teils brutale Sparpakete verabschiedet haben.

## DER STAAT WIRD SCHRUMPFEN

Das die öVP ein ideologisches Interesse daran hat den Staat zu schrumpfen, und diesem Credo so manch anderes politisches Ziel unterordnet, ist nicht neu. Die Kürzung von Sozialleistungen, von beschäftigungspolitischen Maßnahmen und von Bildungsausgaben werden notwendige Folgen der Schuldenbremse sein. Um die Vorgabe »strukturelles Nulldefizit« erfüllen zu können, müssen laut Schätzungen bis 2016 rund neun Milliarden Euro an Ausgaben eingespart oder an Mehreinnahmen getätigt werden. So sehr die SPÖ-Regierungsriege

die Forderung nach vermögensbezogenen Steuern auch beschwört, das theoretische Potenzialaufkommen abseits aller realpolitischen Mehrheiten, liegt bei 3,5 Milliarden Euro. Das setzt voraus, dass die öVP von ihrem kategorischen Nein zu Erbschafts- und Vermögenssteuern abrückt.

Selbst unter dieser Prämisse bliebe ein Einsparungsvolumen, das ein Mehrfaches des Sparpaketes von Loipersdorf<sup>2</sup> ausmacht. In ganz Europa sind die Auswirkungen einer solchen Sparpolitik sichtbar. Sie bremst das Wachstum bzw. verringert das BIP, lässt die Arbeitslosigkeit in die Höhe schnellen und – sie *erhöht* paradoxer Weise den Schuldenstand der sparenden Länder. Letzteres ist gar nicht so überraschend. John Maynard Keynes hat dieses Phänomen (dass sich eine Volkswirtschaft nicht aus einem Schuldenproblem herausparen kann) bereits als Sparparadoxon beschrieben. Dabei wäre eine Lösung der Schuldenproblematik ganz naheliegend. Wenn der Anstieg der Staatsschulden in den letzten Jahren auf die Krise zurückzuführen ist, dann muss alles dafür getan werden aus der Krise herauszuwachsen und zukünftige Krisen zu verhindern. Und das kann nur über steuerliche Umverteilung, Schrumpfung der Finanzmärkte und eine progressive Lohnpolitik passieren.

Dass bei der Abstimmung im Nationalrat die Schuldenbremse keine Verfassungsmehrheit bekommen hat, ist ein Glücksfall (alleine die Absurdität haushaltspolitische Kennzahlen in der Verfassung zu verankern, ist seitenfüllend)<sup>3</sup>. Übrig bleibt das Unverständnis darüber, dass grundlegende sozialdemokratische Positionen quasi über Nacht verworfen werden, auch wenn damit der Bevölkerung und insbesondere jenen Menschen, denen die SPÖ eigentlich zur Seite stehen sollte, geschadet wird. 

**MARIA MALTSCHNIG**

ist Sozioökonomin und Aktivistin der Sektion 8 in der SPÖ Alsergrund. Eine detaillierte Analyse der Schuldenbremse und eine Dekonstruktion der gängigsten Schuldenmythen finden sich auf der Homepage der Sektion 8, [www.sektionacht.at](http://www.sektionacht.at)

# Postdemokratisches Europa?

Für den Politikwissenschaftler Thomas Schmidinger steht fest: Gegen den neuen austeritätspolitischen Autoritarismus hilft nur ein demokratischer europäischer Staat.

**D**ie entscheidenden politischen Weichenstellungen Europas werden in der Euro-Krise von demokratisch nicht legitimierten Institutionen hinter verschlossenen Türen gestellt. Vom austeritätspolitisch argumentierten Protektorat in Griechenland bis zur Expertenregierung in Italien haben wir es derzeit mit einer postdemokratischen Aushöhlung demokratischer Institutionen zu tun, deren Geschwindigkeit auch Colin Crouch in seiner Analyse der »Postdemokratie« noch nicht vorausgesehen hatte.

Der neue italienische Regierungschef Mario Monti sah sich gleich nach Amtsantritt schon veranlasst, offen zu erklären, dass es unklar wäre wann Italien zur Demokratie zurückkehren könne. Man mag Giorgos Papandreous Idee eine Volksabstimmung über das europäische »Sanierungspaket« für Griechenland unterschiedlicher Meinung sein. Dass demokratisch durch nichts legitimierte Wirtschaftsinstitutionen fähig sind dieses Vorhaben einer über demokratische Wahlen zustande gekommenen Regierung eines EU-Mitgliedslandes zu Fall zu bringen, müsste jedoch nicht nur für Griechenland, sondern in ganz Europa die Alarmglocken läuten lassen.

Der Chefstrategie einer zur Deutschen Bank Gruppe zählenden führenden deutschen Fondsgesellschaft, Asoka Wöhrmann, forderte am Wochenende in einem Interview mit der Tageszeitung »Die Presse« Eingriffsrechte der Europäischen Zentralbank. Staaten, die sich nicht an Regelungen der Europäischen Union halten würden, sollten nach Ansicht des Fondsmanagers die Souveränität entzogen werden. Solche Vorstellungen werden derzeit offen von führenden Finanzexperten aus der deutschen und Wirtschaft propagiert. Der Begriff der *Demokratie* scheint im Wortschatz dieser Herren jedoch zu fehlen, ginge in einer solchen die Macht schließlich von der Bevölkerung und nicht von den Finanzmärkten aus.

Die Ideen, die derzeit von denselben Wirtschaftsexperten, die zuvor maßgeblich zur Krise beigetragen haben, ausgearbeitet werden, vom Euro-Plus-Pakt bis zur einer Europäischen Wirtschaftsregierung, würden eine institutionelle Verankerung postdemokratischer Verhältnisse mit sich bringen. All diese Vorschläge wurden in intransparenten männerbündischen Strukturen erdacht und könnten demnächst von einer deutsch-französischen Hegemonialachse durchgesetzt werden. Sie schränken den Gestaltungsspielraum der Politik ein, sind europarechtlich nicht gedeckt und werten demokratisch nicht legitimierte Strukturen auf.

Letztlich ist auch die österreichische Variante eine »Schuldenbremse« in den Verfassungsrang zu heben, Teil dieser postdemokratischen Politik. Wer ein Gesetz, dessen Politikfeld nichts in einer Verfassung verloren hat, in den Verfassungsrang erheben will, kann dies entweder in der autoritären Absicht tun, den politischen Handlungsspielraum zukünftiger Regierungen einzuengen oder einer möglichen Verfassungswidrigkeit des Gesetzes vorzubeugen, indem man dieses gleich selbst zum Teil der Verfassung erhebt. Die Entdemokratisierung findet damit nicht nur auf europäischer, sondern auch auf nationalstaatlicher Ebene statt.

## DER KERN DER EURO-KRISE

Auch wenn Korruption und Steuerhinterziehung in Griechenland ebenso ein Problem ist wie die von Berlusconi geprägte italienische Verflechtung von Staat, Wirtschaft und organisierter Kriminalität oder die spanische Immobilienblase, so hat all dies nicht die Euro-Krise verursacht. Die Leistungsbilanzüberschüsse Deutschlands und die hohe Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft aufgrund des Sozialabbaus und der niedrigen Lohnabschlüsse der letzten Jahre sind ebenso Teil des Problems wie die Leistungsbilanzdefizite südeuro-

päischer Staaten. Beide sind nur unterschiedliche Seiten des Gefälles, das die derzeitigen Probleme des Euros verursacht.

Im Kern der Euro-Krise steht das Problem, dass die Währungsunion entweder zu früh oder die politischen Strukturen Europas zu spät entwickelt wurden. Jedenfalls besitzt die EU bis heute keine tragfähigen politischen Strukturen für eine Wirtschafts- und Fiskalpolitik der Euro-Zone.

Da ein Zerfall der Euro-Zone nicht nur enorme wirtschaftliche Probleme der Mitgliedsländer, sondern möglicherweise den Zerfall der gesamten EU und damit auch des europäischen Friedensprojekts nach 1945 bedeuten würde, wäre jetzt der Weg zurück zu den nationalen Währungen allerdings fatal und mit heute noch unabsehbaren Folgen gekoppelt. Sinnvollerweise gibt es also nur den Weg nach vorne!

### EIN DEMOKRATISCHER STAAT EUROPA

Wollen wir, dass dabei die Demokratie nicht auf der Stecke bleibt und die politische Entscheidungsfähigkeit an intransparente und nicht demokratisch legitimierte Institutionen abgetreten wird, müssen wir jetzt handeln! Andernfalls bleiben von den bürgerlich-demokratischen Staaten Europas nur noch nationale Fassadendemokratien übrig, deren politische Eliten mit der Rhetorik der Alternativlosigkeit unter dem stummen Diktatur der Sachzwänge »regieren« aber nicht mehr die Macht haben politische Entscheidungen zu treffen.

Das einzig realpolitisch umsetzbare Gegenkonzept zu einem solchen postdemokratischen austeritätspolitischen Autoritarismus ist die Gründung eines demokratischen föderalistischen Europäischen Staates. Ein solcher muss auf gleichen Menschen- und Bürgerrechten aller EuropäerInnen, transparenten demokratischen Institutionen und gemeinsamer Ökologie- und Sozialstandards basieren. Eine demokratisch legitimierte europäische Regierung als Exekutive mit einem demokratisch gewählten Europäischen Parlament als echte Legislative könnte auch die für die gemeinsame Währung not-

wendige europäische Fiskal- und Wirtschaftspolitik betreiben und damit die Währungsunion retten ohne dabei die Demokratie zu opfern. Ein solches demokratisches Europa könnte als weltoffener und sozialer Staat auch ein Partner bestehender und entstehender Demokratien weltweit sein. Postkoloniale Verhältnisse könnten durch gute nachbarschaftliche Beziehungen zu den sich nach Demokratie und sozialer Sicherheit sehnenenden Bevölkerungen um das südliche und östliche Mittelmeer ersetzt werden. Ein solches Europa wäre damit nicht nur demokratisch, sondern auch sicherer als ein räuberischer Hegemon, dessen Eliten vom sozialen Abstieg anderer innerhalb wie außerhalb Europas leben. Und in einem solchen demokratischen Europa könnten auch wieder demokratische Diskurse darüber stattfinden, was für ein Wirtschaftssystem, welchen Umgang wir mit natürlichen Ressourcen, mit neuen Technologien, im Sinne unserer MitbürgerInnen und der Lebensgrundlagen zukünftiger Generationen wollen.

Allerdings ist zu fürchten, dass die bereits jetzt in ihren Handlungsspielräumen eingeschränkten bestehenden politischen Institutionen und Parteien, die in fast allen EU-Mitgliedsstaaten stark in national-borniertem Regionalismus verhaftet sind, einen solchen Umbau der EU zu einem demokratischen Staat nicht vorantreiben werden. Es wäre deshalb eine europäische Demokratiebewegung vonnöten, die ein solches Europa auf unterschiedlichsten Ebenen einfordert. Letztlich wird nur die europäische Bevölkerung selbst, ein solches demokratisches Europa schaffen können. Also wir! 

### THOMAS SCHMIDINGER

ist Politikwissenschaftler und Lektor an der Universität Wien und der Fachhochschule Vorarlberg. Bei Brookings Institution Press erscheint derzeit der gemeinsam mit Vedran Džihic herausgegebene Sammelband *Looming Shadows Migration and Integration at a time of Upheaval. European and American Perspectives*.

# Die Kommunen und die Schuldenbremse

**Auch wenn Österreichs** Städtebund in der Frage der Schuldenbremse zu dem am Ende November 2011 gefundenen Kompromiss der Länder und des Bundes steht, bestehen doch gewisse Vorbehalte, die ihr Generalsekretär Thomas Weninger im vorliegenden Beitrag näher ausführt.

**D**ie Städte und Gemeinden werden den am 29. November 2011 anlässlich der LandesfinanzreferentInnenkonferenz gefundenen Kompromiss zur Schuldenbremse mittragen und ihren Beitrag, wie in der Vergangenheit auch, leisten. Im Gegensatz etwa zum Bund haben Österreichs Städte und Gemeinden die Verpflichtungen aus dem Österreichischen Stabilitätspakt nahezu immer eingehalten.

## GRUNDSÄTZLICHE BEDENKEN

Die Zustimmung von Seiten der Kommunen ist aber nicht frei von Vorbehalten. Gewichtig sind etwa die Argumente von Noll (2011)<sup>1</sup>, der auf die bewusst »inhaltsleer« gestaltete Verfassung und auf die demokratiepolitisch bedenkliche Einschränkung des »politischen Diskussionsprozesses« durch eine in der Verfassung verankerte Verschuldungsgrenze hinweist. Auch von Seiten namhafter Ökonomen gibt es Einwände gegen eine Schuldenbremse.

Bofinger (2011), immerhin einer der sogenannten »Wirtschaftsweisen« in Deutschland, widerspricht deutlich der einer Schuldenbremse zu Grunde liegenden Logik der »schwäbischen Hausfrau«. Der Staat ist nun mal kein Privathaushalt und deshalb weiter: »Die Schuldenbremse verletzt die goldene Regel der Finanzpolitik, dass der Staat Zukunftsinvestitionen mit Krediten finanzieren soll.« Zwar könne eine kleine, offene Volkswirtschaft durchaus auch in schwierigeren Zeiten konsolidieren, wenn aber alle wichtigen Handelspartner dies tun, führe dies nur zu einer Konjunkturverschlechterung<sup>2</sup> und somit zu einer noch höheren Schuldenquote<sup>3</sup>.

Schulmeister (2011) sieht die Entwicklung der Staatsverschuldung insbesondere im Zusammenhang mit den seit den

1970er Jahren instabileren Wechselkursen, Rohstoffpreisen und Aktienkurse sowie einem Zinsniveau, das beständig über der Wachstumsrate liegt.<sup>4</sup>

Stockhammer (2011) schließlich identifiziert als eine wenig beachtete Krisenursache die zunehmende Polarisierung der Einkommensverteilung. Durch den gut zu beobachtenden Rückgang der Lohnquote musste der daraus resultierende Nachfragemangel entweder durch kreditfinanziertes Wachstum (Verschuldung der Haushalte und Staaten) oder Exportwachstum ausgeglichen werden. Er kommt zu dem Schluss, dass ein nachhaltig stabiles Wachstumsregime nur durch eine sozial ausgewogene Einkommens- und Vermögensverteilung erreicht werden kann.<sup>5</sup> Ohne ein solches Wachstum ist aber, siehe dazu Schulmeister und Bofinger weiter oben, der Abbau der Staatsschulden undenkbar.

Neben dieser grundsätzlichen inhaltlichen Kritik von juristischer und ökonomischer Seite beruht die Zurückhaltung der Kommunen auf zwei weiteren Motiven, die aus der österreichischen politischen Realität entspringen.

## GEFÜGE DER GEBIETSKÖRPERSCHAFTEN

Österreichs Städte und Gemeinden haben keine Steuerhoheit, können als im Gegensatz zu Bund und Ländern weder neue Abgaben in Kraft setzen noch bestehende erhöhen. Im Gegenteil werden die sogenannten eigenen Abgaben der kommunalen Ebene laufend ausgehöhlt. Hier sei etwa an die Abschaffung der Getränkesteuer, die Nicht-Aktualisierung der Grundsteuer durch fehlende Hauptfeststellungen, landesgesetzliche Ausnahmen aus der Grundsteuer oder bundesgesetzliche Befreiungen von der Kommunalsteuer erinnert. Aber selbst bei an sich vorgesehenen Abgaben, wie einer Zweit-

1. NOLL, ALFRED J. (2011): Schulden.Bremse.Trottelei. Was die Schuldenbremse in der Verfassung für die Demokratie bedeutet. – Eine Zuspit- zung. In: DER STANDARD; Printausgabe, 30.11.2011
2. BOFINGER, PETER / JOHN, GERALD (2011): Die Staaten lassen sich von den Finanzmärkten vorführen. In: DER STANDARD, Print-Ausgabe, 19.11.2011
3. Es wird oft übersehen, dass es ja um das Verhältnis Schulden zu BIP geht und das die Entwicklung dieser Quote immer sowohl vom Nenner als auch vom Zähler abhängig ist.
4. SCHULMEISTER, STEPHAN (2011): Schuldenbremse als Symptomkur: Schnurstracks in die Depression. In: DIE PRESSE, Print-Ausgabe, 17.11.2011
5. STOCKHAMMER, ENGELBERT (2011): Von der Verteilungs- zur Wirtschaftskrise. Die Rolle der zunehmenden Polarisierung als strukturelle Ursache der Finanz- und Wirtschaftskrise. Vorabdruck von »Wirtschaft und Gesellschaft«. Wien. Stockhammer ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Kingston University in London.

wohnsitzabgabe, sind die Städte und Gemeinden auf Ermäch- tigungen seitens der Länder angewiesen. Im Endeffekt steigt somit die Abhängigkeit von den zugeteilten Ertragsanteilen an den großen Steuern.

Die lokale Ebene hat auch nur geringen Schutz vor neuen Aufgaben (und den damit verbundenen Ausgaben), die sich insbesondere der Bund gerne auf seine Fahnen schreibt. Ge- sellschaftspolitisch sinnvolle Maßnahmen wie die 24h-Pflege oder das Gratiskindergartenjahr bleiben so, trotz aller »An- schubfinanzierung«, letztlich in den Gemeindebudgets hän- gen, ohne dass damit neue Mittel verbunden wären.

Die Länder übertragen zwar selten direkt Aufgaben an ihre Städte und Gemeinden, sind aber erfinderisch, wenn es darum geht, Landesaufgaben von den Kommunen mitfinan- zieren zu lassen. Mittels landesgesetzlich geregelter Umlagen und Beiträgen zahlen Gemeinden mit, ohne mitreden zu können. Während die Ertragsanteile und die eigenen Steuern in den Jahren 2006–2010 durchschnittlich um jährlich 2,6% bzw. 2,7% gewachsen sind, stiegen die Transfers um 6% p.a. In manchen Städten macht dieser Posten bereit 40% der zuvor zugeteilten Ertragsanteile aus.

Wenn nun eine Stadt oder eine Gemeinde kaum mehr Einfluss auf ihre Einnahmen und auch auf der Ausgabenseite ständig mit nicht zu beeinflussenden Belastungen zu kämpfen hat, wirkt ein Appell zu mehr Budgetdisziplin wie blanker Hohn. Dennoch – oder gerade aus der Not gedrungen – sind es die Städte und Gemeinden, die in Sachen e-Government und Verwaltungsmodernisierung Vorreiter sind.

### KANN NICHT VERORDNET WERDEN

Wirkliche Einsparungen lassen sich zudem nur durch tiefgrei- fende Strukturreformen und Kompetenzzentflechtungen reali- sieren. Der Österreichische Städtebund ist in allen maßgebli- chen Reformgruppen engagiert dabei, wenn es darum geht, ohne Tabus neue Wege zu diskutieren.

Im Bereich des Finanzausgleichs, der im Grunde nur mehr von einer Hand voll ExpertInnen wirklich durchschaut wird, liegt seit geraumer Zeit der Vorschlag zu einer stärkeren Aufgabenorientierung auf dem Tisch. Die Mittel sollen den Aufgaben dorthin folgen, wo sie am effizientesten erledi- gigt werden. In dem Konzept eines »Aufgabenorientierten Fi- nanzausgleichs« treten neben die Kennzahl Bevölkerung etwa soziodemographische Faktoren wie zum Beispiel die Anzahl der betreuten Kinder in den Kindergärten bzw. in den Schu- len mit besonderer Berücksichtigung jener Kinder mit nicht- deutscher Muttersprache.

In den zahlreichen Gesprächsrunden zur Reform der Ge- sundheitsfinanzierung oder zur Neustrukturierung der Pflege sind kommunale ExpertInnen direkt eingebunden.

Der groß angelegte und mittlerweile schon fast wieder entschlafene Prozess der Verwaltungsreform mit seinen elf Arbeitspaketen wird von Seiten der Städte und Gemeinden aufbauend auf den Ergebnissen des Österreich-Konvents offen für Neues begleitet.

Letztendlich wird es ohne tatsächliche Kompetenz- und damit Machtverschiebungen nicht gehen. Ein konkreter Vor- schlag wäre etwa, dass die Städte und Gemeinden in Zukunft alleine für die Kindergärten zuständig sind, auch für deren Finanzierung, die Länder dafür den Bereich der Sozialhilfe/ Pflege ohne die Kommunen tragen. Die über 200.000 int- ragovernmentalen Transfers, die für die vielen Doppelgleisig- keiten und Mehrfachzuständigkeiten notwendig sind, ließen sich durch solche Ansätze maßgeblich reduzieren.

### FAZIT

Wirklich lebensfähige Städte und Gemeinden mit klaren Kompetenzen und Aufgaben und den dafür notwendigen Mitteln sind mindestens ebenso wichtig für die Krisenbewäl- tigung wie jedes Signal an »die Märkte«. Die Kommunen sind nach wie vor der größte öffentliche Investor und somit eine

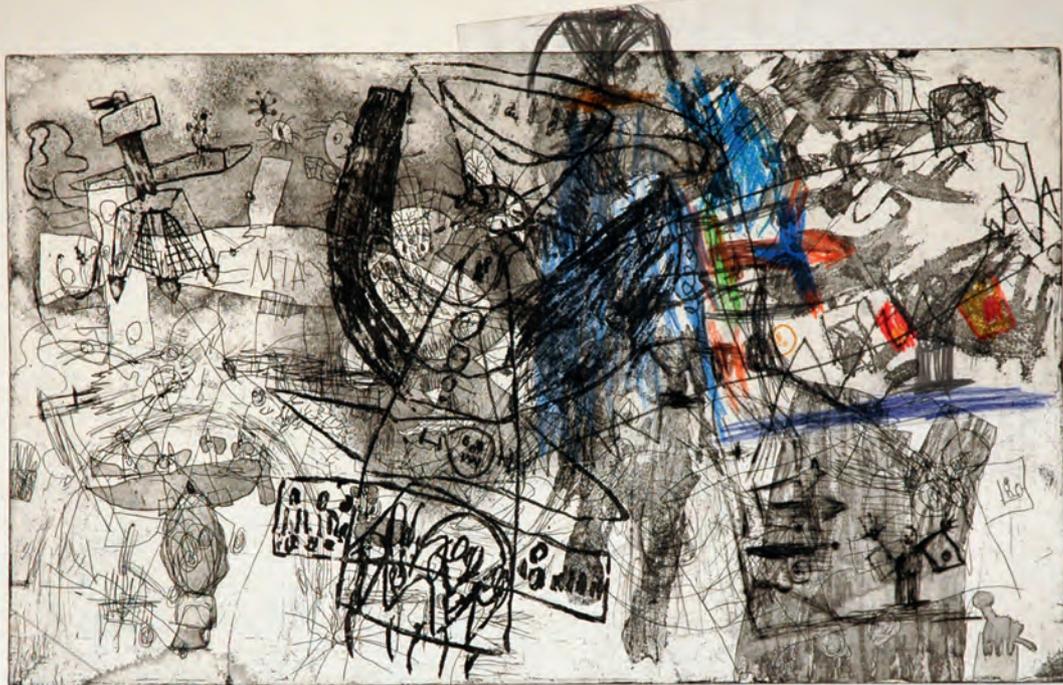
zentrale Stütze der gerade in Österreich so bedeutenden KMU. Sie bieten einen stabilen Rahmen für die lokale Wirtschaft und mit den hervorragenden Leistungen der Daseinsvorsorge (Wasser, Abwasser, Müll, öffentlicher Nahverkehr, soziale Dienstleistungen, etc.) einen wichtigen Standortfaktor und gleichzeitig hochwertige Arbeitsplätze.

Ohne Wachstum und Beschäftigung gerade auch auf lokaler Ebene wird ein nachhaltiger Schuldenabbau nicht gelingen. Dabei den sozialen Zusammenhalt vor Ort zu gewährleisten ist die tagtägliche Herausforderung in den Städten und Gemeinden. 

**THOMAS WENINGER**

ist Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes.

**DAS KUPFERNE  
GEDÄCHTNIS**  
JEREMIAS ALTMANN



# Die SPD kämpft wieder

Ohne den Abschied von ihrer Agenda-Politik jemals ausgesprochen zu haben, vollzog die SPD auf dem Bundesparteitag vom 4.–6. Dezember den Wechsel auf einen neuen Kurs. Das »Fortschrittsprogramm« der SPD und die Debatten auf diesem Parteitag sind ein Grund für Zuversicht und hätten Beispielcharakter, berichtet Andreas Höferl.

Viele waren sich einig, dass dies der wichtigste Parteitag der letzten Jahrzehnte war, vielleicht sogar ein historischer. Nach der schweren Wahlniederlage 2009 hat die SPD ihre Arbeit grundlegend überdacht. Das Ergebnis ist eine inhaltliche und organisatorische Neupositionierung, die wegweisend für die gesamte Sozialdemokratie sein könnte.

In einem ehemaligen Postbahnhof in Berlin-Kreuzberg tagte die SPD drei Tage, dort wo das Leben laut und anstrengend ist, und manchmal auch stinkt, wie Parteichef Sigmar Gabriel es ausdrückt. Dort müsse die SPD wieder hin, wieder Kontakt zu Bürgerinnen und Bürgern in sozial schwachen Schichten bekommen. Nach der enttäuschenden Politik von »Drittem Weg« und »Agenda 2010«, wo Richtung und Profil der Partei verloren gingen, war die inhaltliche Aufarbeitung und Neuorientierung notwendig. Ergebnis ist ein bemerkenswertes »Fortschrittsprogramm«, dessen Analysen und Schlussfolgerungen von hoher Qualität und dessen Programmatik und Botschaften klar sind.

## MEHR ZUSAMMENHALT IN EUROPA

Wieder versöhnt mit dieser Partei scheint auch Helmut Schmidt. Erstmals seit 13 Jahren war der mittlerweile 93-jährige Alt-Kanzler wieder dabei. Und faszinierte gleich zu Beginn rund 9.000 Zuhörer mit einer von großem Wissen und Weitblick getragenen Rede zu Europa. Er überzeugte, dass die Staaten Europas angesichts des Bedeutungsgewinns anderer Weltregionen keine andere Wahl als gemeinsame Vorgehensweisen hätten, Konkurrenzkämpfe der Mitgliedstaaten Europa nur marginalisieren würden. Unter tosendem Beifall verurteilte er die »angebliche Krise des Euro« als »leichtfertige

geschwätz von Medien und Politikern« und die Banken als »Herde von hochintelligenten, zugleich psychoseanfälligen Finanzmanagern«. Eine durchgreifende Finanzmarktregulierung sei die Voraussetzung für künftige Stabilität in Europa, eine Sanierung der Haushalte ohne Wachstum und neue Arbeitsplätze nicht möglich. Leidenschaftlich trat er für eine Stärkung des Parlaments gegenüber Rat und Kommission auf.

In der Krise brauche Europa mehr Zusammenhalt, nicht weniger, war auch in den Debatten zu hören. Nicht populistische Verweigerung, sondern die Auseinandersetzung um eine gerechte Wirtschafts- und Sozialordnung, um demokratisch legitimierte Spielregeln. »Solange das europäische Projekt nur als Nutzgemeinschaft der Wirtschaft erscheint und nicht als Schutzgemeinschaft für seine Bürgerinnen und Bürger, wird die Zustimmung in Europa nicht steigen«, zitierte Gabriel den Journalisten Heribert Prantl. Staaten dürfen nie wieder in Geiselschaft von Banken kommen, der Verschuldungskreislauf müsse durchbrochen werden. Banken brauchten höhere Eigenkapitalquoten, eine funktionierende Aufsicht und ein Insolvenzrecht. Von der EU müssten Impulse für Wachstum und Beschäftigung ausgehen wie ein Investitionsprogramm in Südeuropa zur Nutzung der Solarenergie, das Arbeit schaffe und den Klimawandel bekämpfe. Es brauche steuerliche Mindeststandards für fairen Wettbewerb, ein gemeinsames Vorgehen gegen Steuerhinterzieher, existenzsichernde Mindestlöhne und grenzüberschreitende Tarifverhandlungen und -verträge.

Aber es gehe nicht darum, »Arbeit um jeden Preis zu schaffen. Wir wollen gute Arbeit, die gerecht bezahlt und existenzsichernd, unbefristet, sozial versichert, gesundheitsschonend

und familienfreundlich ist«, hieß es auch. Obwohl die Produktivität in Deutschland in den letzten 20 Jahren um zwei Drittel verbessert wurde, verlor der Wert der Arbeit, also was bezahlt wird. Weil neue Stellen fast nur in Form atypischer Beschäftigung angeboten werden und fast jede dritte Frau in Deutschland für einen Niedriglohn arbeitet, fordert die SPD einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro je Stunde.

## ÜBERALL MEHR DEMOKRATIE:

»Demokratie und Gerechtigkeit« war das Motto des Parteitages. Die Forderung zog sich durch alle Themenbereiche. Denn der Finanzkapitalismus sei dabei, auch die Demokratie zu untergraben. Sachzwänge werden in den Vordergrund geschoben, Parlamente sind nur noch Getriebene der Finanzmärkte, Reiche zeigen immer häufiger Verständnislosigkeit für demokratische politische Prozesse. Der ökonomische Mehrwert könne aber nicht wichtiger sein als demokratische Werte. Der Ansage von Angela Merkel nach einer »marktkonformen Demokratie« stellte Gabriel daher die Forderung nach einem »demokratiekonformen Markt« entgegen. »Die neuen sozialen Fragen – vielleicht sind es auch die alten – heißen wieder: Demokratie oder Herrschaft der Finanzmärkte? Soziale Gerechtigkeit oder wachsende Ungleichheit?«, so Gabriel.

Die SPD war stets die Demokratiepartei. »Wir akzeptieren keine demokratiefreien Zonen.« Demokratisch legitimierte Politik muss Vorrang vor wirtschaftlichen und politischen Einzelinteressen haben, sonst werde Politik nur noch für Eliten gemacht. Die SPD müsse sich darum kümmern, dass sich die kleinen Leute an Demokratie beteiligen, zu Wahlen gehen, auch in Bürgerinitiativen besser repräsentiert sind. Nicht Regierungen, sondern Parlamente müssten der zentrale Ort der politischen Auseinandersetzung sein. Die Ohnmacht vieler Menschen, dass die Politik nichts mehr bewirken kann, bezeichnet Gabriel als größte Herausforderung. Dazu komme »das zweite Ohnmachtsgefühl...gegenüber abgehobenen Politikern und Parteien, die man für unfähig und unwillig hält, sich mit dem wirklichen Alltag der Menschen auseinanderzu-

setzen ... Es geht im Kern um die innere Haltung von demokratischer Politik und um den Kampf gegen den wachsenden Zynismus in der Politik und gegenüber der Politik«. Politikerinnen und Politiker – vor allem der SPD – müssen nicht nur im Kopf wissen, sondern auch im Herzen fühlen, wie die Lebensbedingungen für die Menschen sind, müssten Monat für Monat direkte Erfahrungen vor Ort sammeln, dort, wo das Leben ist und wo es anstrengend ist, so Gabriel.

Die SPD gab sich auch ein neues organisationspolitisches Grundsatzprogramm, getragen von mehr Demokratie und einer Öffnung als Partei zum Mitgestalten, die eine »Politik mitten im Leben« ermöglicht. Bei Bürgerparteitagen soll sich die SPD Menschen öffnen, die nicht Mitglied sind. Mitgliederversammlungen sollen anstelle von Delegiertenversammlungen treten, Termine von Ortsvereinen öffentlich gemacht werden. »Echte Debatten statt schlechter Shows« sollen Parteiveranstaltungen prägen.

Hohe Wertschätzung gab's vom Parteichef für die Basis. »Je aktiver unsere Mitglieder sind, desto mehr lebt die Partei...Vertraut eurem Gefühl für die Sache der Menschen. Denn darin seid ihr die eigentlichen Experten.« Aber: »Statt zu bevormunden und zu vereinnahmen, hören wir zu.« Mit einem einkommensabhängigen Mitgliedsbeitrag wird auf unterschiedliche Lebenssituationen geachtet. Und: »Wir treffen uns zu Zeiten und an Orten, die auch berufstätigen Eltern passen.«

## FÜR SOZIALEN FORTSCHRITT

Familienfreundlich waren auch ein Reihe von Beschlüssen wie der Rechtsanspruch auf Ganztagesangebote in Kitas und Schulen bis 2020 (für Alleinerziehende schon ab 2013) durch 6.000 zusätzliche Ganztagschulen. Oder ein »Recht auf kurze Vollzeit« (mit 30 oder 35 Stunden und teilweisem Lohnzuschuss). Und ein gestaffeltes Kindergeld. »Niemand darf von Geburt an auf einen bestimmten Lebensweg festgelegt werden. Herkunft darf kein Schicksal sein«, ist der Anspruch der

SPD seit ihrer Gründung. Jeder soll »die faire Chance auf gesellschaftlichen Aufstieg durch Bildung und eigene Leistung« bekommen, unabhängig von sozialer und kultureller Herkunft. Das ist Kern der Position der SPD zu Bildung und auch Integration. Zentrale Voraussetzung sind »gleiche Bildungschancen für alle«, denn schlechte Bildung schadet einem Land auch wirtschafts- und haushaltspolitisch. Deswegen tritt die SPD auch für den beitragsfreien Kita-Besuch, eine verpflichtende Berufsorientierung ab der 7. Schulstufe, eine Ausbildungsgarantie und die Gebührenfreiheit des Studiums ein.

Mit Energie verfolgt die SPD das Konzept einer Krankenversicherung für alle (Bürgerversicherung): Denn »nicht die Versichertenkarte, sondern die Schwere der Erkrankung soll über die Schnelligkeit der Behandlung entscheiden«. Ein Programm also gegen 2-Klassenmedizin, für eine einheitliche Honorarordnung der Ärzte und gegen unterschiedliche Vergütungen der Kassen für Gesundheitsleistungen.

»Nicht die Menschen in Deutschland haben über ihre Verhältnisse gelebt. Viele haben unter den Verhältnissen gelitten«, so Gabriel. »Das Modell der New Economy, der deregulierten Finanzmärkte, der Aufgabe von ökonomischen, sozialen und ökologischen Spielregeln ist auf ganzer Linie gescheitert.« Aber: »Das Kasino macht weiter wie zuvor.« Und von diesem Finanzsektor geht daher immer noch Gefahr aus. Die Verantwortlichen der Finanzkrise müssten an den Kosten beteiligt werden.

Die Besteuerung der Banken und Spekulanten sei auch eine moralische Frage. Denn sonst »fehlt nicht nur das dringend nötige Geld für den Wiederaufbau Europas, sondern das zerstört jedes Gefühl für Gerechtigkeit... Das ist kein Sozialneid. Das ist sozialer Patriotismus«, so Gabriel. Mehr Gerechtigkeit will die SPD durch eine Finanztransaktionssteuer, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer (ab 1 Mio. Euro), eine Reform der Erbschaftssteuer, die Streichung ökologisch schädlicher Subventionen (für Agrardiesel und Flugben-

zin), eine Begrenzung der Absetzbarkeit von Managergehältern und eine Erhöhung Spitzensteuersatzes auf 49 Prozent erreichen. »Mir ist es eigentlich völlig egal, ob die Märkte zur Ruhe kommen; ich will dass die Menschen wieder ruhig schlafen können«, fordert Gabriel unter großem Beifall.

Die SPD traut sich wieder was, kämpft für gesellschaftlichen Fortschritt durch mehr Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität in allen Lebensbereichen. Acht Wahlerfolge seit 2009 bei Regionalwahlen geben Zuversicht, auch die Bundestagswahlen im Herbst 2013 gewinnen zu können. Wer die SPD dort anführen wird, will Gabriel erst dann vorschlagen. Auf die Grünen als Koalitionspartner hat er sich bereits festgelegt, »weil man Koalitionen mit Inhalten begründen muss und nicht mit bloßer Machttaktik«. Aber: »Wir werden weniger versprechen als jemals zuvor, aber das, was wir versprechen, das werden wir auch halten. Denn die Wahl gewinnen wir nicht durch die größten Versprechen, sondern durch das größere Vertrauen.« Glück auf, SPD! 

**ANDREAS HÖFERL**

ist Klubdirektor der SPÖ-Landtags- und Gemeinderatsfraktion im Wiener Rathaus. Berichte über den Parteitag finden sich auch auf [www.spd.de](http://www.spd.de)

**DAS KUPFERNE  
GEDÄCHTNIS**

JEREMIAS ALTMANN



# Demokratie überwindet Krise des Diktates der ungehemmten Märkte

In einem jüngst erschienenen Aufsatz<sup>1</sup> vertritt der in Linz lehrende Wirtschaftswissenschaftler Teodoro Cocca die These, dass die »Spekulanten, die Rolle einer wichtigen demokratischen disziplinierenden Kraft einnehmen« und dadurch »das durch die Wähler hinterlassene Vakuum« füllen. Mit einer Polemik gegen die Polemik der Marktgläubigen, wendet sich Oberösterreichs Landespartei sekretär Christian Horner gegen derart demokratiegefährdenden Thesen.

**H**alt, da ist etwas durcheinander geraten! Finanzprofessor Teodoro D. Cocca stellt in seinem Kommentar »Ist die Demokratie in der Krise?« die These auf, der derzeitige Zustand der sogenannten »Märkte« und dessen Auswirkungen auf die Wirtschaft und die Finanzierung der Staaten könne auch als »freie Meinungsäußerung der Märkte« und als solche als schützenswertes Gut einer liberalen Wirtschaftsordnung gesehen werden. Wie bitte? Das Wirtschafts- und Marktsystem als Vorbild oder Richtschnur für die Demokratie? Solche und anderen Thesen in seinem Beitrag werfen natürlich die vehemente Frage auf, ob die Organisation einer freien, demokratischen Gesellschaft und ihrer demokratischen Politik nach den Gesetzen und Mechanismen des Marktes oder einer liberalen Wirtschaftsordnung überhaupt organisiert werden sollen oder können.

Ich meine ganz entschieden: Nein. Bewiesen wird das durch das Erkennen von Zusammenhängen. Zum einen ist es schon gewagt, angesichts des ausgewiesenen Marktversagens in vielen Bereichen der derzeitigen Krise, die liberale Wirtschaftsordnung als quasi »höhere Macht« zur Rettung der Demokratie verkaufen zu wollen. Zum anderen sind die Gesetze des möglichst liberalisierten Marktes selbstverständlich völlig ungeeignet, um als Regeln oder als Muster des demokratischen Zusammenlebens gelten zu können. Genauso gut könnte man das Faustrecht wieder herbei wünschen, denn auf ungehemmten Märkten gilt ausschließlich das Recht des Stärkeren, des Größeren, des Schnelleren. Das alles funktioniert da nach dem Prinzip höher, schneller, weiter. Ähnlich dem Spitzensport, und der ist bekanntlich alles andere als demokratisch. Dahinter verbirgt sich die Phantasie, eine Gesellschaft wie einen Konzern lenken und organisieren zu wollen. Im

besten Fall mit einer Art Generaldirektor an der Spitze, der eine Strategie entwirft, sich von Fachleuten und der Wissenschaft beraten lässt, dann eine sogenannte objektive Entscheidung trifft, damit der größtmögliche Profit herauskommt. Oder anders gesagt, man glaubt daran, es gäbe in einer freien Gesellschaft so etwas wie eine absolute Wahrheit oder allein selig machende objektive Allgemeinmeinung. Vergleichbares ist beim Kommunismus schon glorios gescheitert.

Worin sollte die Rettung der Demokratie durch den Druck der Märkte laut Professor Cocca bestehen? Darin, dass die Märkte und deren Profiteure glücklich sind? Oder darin, dass es keine Staatsschulden mehr gibt? Wozu, wofür, was ist in so einer Gesellschaft mit Alten, Kranken, Schwachen? Die kosten bekanntlich nur... Was ist mit Kultur und Kunst? Kostet alles nur, außer man schafft es auf den Kunstmarkt der Hochkultur und sahnt da ab.

## **GEGEN MISSTÄNDE**

Gegen diese Art von Märkten und Gesellschaftsordnungen lehnen sich die Menschen gerade in Kundgebungen weltweit auf. Sie tragen damit viel mehr zur Bewältigung der Krise der Demokratie bei als die liberale Wirtschaftsordnung. Sie leben das demokratische Recht der freien Meinungsäußerung gegen Missstände in Wirtschaft und Politik. Die Märkte hingegen scheren sich den berühmten feuchten Kehricht um die Demokratie. Die Märkte und die Player auf diesen Märkten wollen ausschließlich schnelles Geld sowie die Absicherung und Ausweitung ihrer Reichtümer.

Apropos Reichtümer – Professor Cocca irrt in seinem Kommentar, wenn er behauptet, die heutigen Kinder wür-

1. Finanz und Wirtschaft vom 08.10.2011, Seite 1. Abrufbar unter [http://www.jku.at/ibfw/content/e53419/e53499/employee\\_groups\\_wiss53500/employees53501/subdocs53510/content139863/fw\\_fw08102011\\_Frontseite\\_001\\_frontCocca.pdf](http://www.jku.at/ibfw/content/e53419/e53499/employee_groups_wiss53500/employees53501/subdocs53510/content139863/fw_fw08102011_Frontseite_001_frontCocca.pdf)

den die heutigen Probleme und weniger Finanzvermögen erben. Wir erleben gerade, dass das Finanzvermögen noch nie so groß war wie heute, nur ist es höchst ungleich verteilt. Es liegt in immer weniger Händen. Vielleicht wird es massenhaft außer Landes geschafft, auf die Märkte, wo immer die gerade sind, geworfen. Verteilt vom Asset Management rund um die Erde. Denn bekanntlich verschwindet das Geld als solches ja nie, es ist immer nur die Frage, wer hat es gerade oder auf welchem Erdteil wird es gerade platziert. Es wäre ein spannendes Experiment, wenn eine Zeit lang einmal die Player auf den Märkten immer dort leben müssten, wo ihr Geld gerade ist. Schöne Zeit in einer chinesischen Provinz oder in Afrika. Ohne Gesundheitssystem, ohne die Lebensqualität hier. Keine Rede also davon, dass für unsere Kinder kein Finanzvermögen mehr da sei. Außer die Besitzer verzooken es noch weiter auf den Märkten... Riesige Vermögen sind da, nur leider nicht für alle.

## KEINE NACHHALTIGKEIT

Auf den Märkten spielt auch die Nachhaltigkeit kaum eine Rolle. Natur- und Umweltschutz, Kostenwahrheit beim Gütertransport? Fehlanzeige, im besten Fall bloß Marktfaktoren, die man Einpreisen müsse oder besser noch bekämpfen. Aufgaben des Sozialstaates, Bildungskosten? Das ist doch nichts für die Märkte. Das Heil für die Kapitalvermehrung liegt in Ländern, wo man sich mit diesem Firlefanz nicht weiter aufhält.

Gleiches gilt für das Rating von Staaten. Ein Hilfsmittel zur Einschätzung, wo gerade am meisten zu holen ist. Diese verfehlte Denke verursacht die Krise der Demokratie. Das empört die Menschen zu Recht. Und wenn man in diesem Zusammenhang der Politik einen Vorwurf machen will, dann wohl den, dass sie sich zu lange und in zu großen Teilen von den Aposteln der ungehemmten Finanzwelt und deren Helfershelfern in der Wirtschaftswissenschaft hat blenden lassen und damit ebenfalls an das Märchen der unbegrenzten Geldvermehrung geglaubt hat.

Es gibt darüber hinaus noch ein sehr entlarvendendes Argument, das derzeit Land auf, Land ab von Konservativen und Marktgläubigen gerne verbreiten wird. Es ist die Schimäre, dass die Gesellschaft und die Staaten mit ihrem Sozialstaat auf Kosten der künftigen Generationen leben würden. Man muss auf einem Auge völlig blind sein, um den wahren Gesamtzusammenhang zu verdrängen. Nehmen wir einmal an, es sei tatsächlich richtig, dass wir als Gesellschaft auf Kosten künftiger Generationen leben.

Wie steht es denn dann mit dem Beitrag der Wirtschaft und besonders der Finanzmärkte zu dieser angeblichen Last aus? Wer beutet denn die Umwelt, die Ressourcen usw. auf Kosten künftiger Generationen aus? Wer lebt denn auf Kosten anderer Kontinente wie Afrika, holt sich dort die Rohstoffe, Bodenschätze usw., ohne sich lang um Umwelt und die Menschen zu kümmern? Ist das die sogenannte Demokratie in der Krise oder ist das die ungehemmte Marktwirtschaft? Sind es beide? Gesundheitsvorsorge, Pensionen – größtenteils Fehlanzeige in diesen Ländern. Dort entstehen die riesigen Gewinne, die dann auf »den Märkten« gegen entwickelte Volkswirtschaften und Demokratien spekulativ eingesetzt werden. Und das ist dann, folgt man Professor Cocca, eine »freie Meinungsäußerung der Märkte«. Es ist viel eher unlauterer Wettbewerb und Ausbeutung in abscheulicher Form. Weil es »den Märkten« erlaubt ist, ungehemmt Geld zu vermehren ohne sich auch nur eine Sekunde um die Folgen zu scheren.

Und noch was zum Sozialstaat, der laut Professor Cocca angeblich auf Kosten der künftigen Generationen mit der Kreditkarte finanziert wurde: Würde man so denken, dann gleich ein auf dem gleichen falschen Denkmuster basierendes Gegenargument. Nach den Prinzipien des Marktes ist es ein Unding, dass der sprichwörtliche 70-jährige Pensionist Franz Mair mit den Steuern von seiner 1.800 Euro-ASVG-Pension, die dann schon überdurchschnittlich hoch wäre, die Transportwege der Wirtschaft oder der Universitäten mitfinanziert. Er braucht beides nicht, nutzt es nicht. Herrn Mair könnte

es egal sein, wie die Transportwege der Wirtschaft finanziert, wie Banken für ihr Spiel auf den Märkten kapitalisiert werden, wie das Gehalt eines Wirtschaftsprofessors für Asset Management gezahlt wird. Das sollen »die Märkte« tun. Er könnte es ablehnen, die Ausbildung von Technikern für die Wirtschaft an den öffentlichen Universitäten mitzuzahlen. Genauso wie es »die Märkte« ablehnen, Sozial- und Bildungssysteme mitzuzahlen. Aber so beschränkt ist unser Herr Mair nicht, er möchte vielleicht Chancen für die Enkelgeneration. Deshalb finanziert er gerne Kindergärten, Schulen und Universitäten mit. Gesellschaftlichen Zusammenhalt nennt man das. Kurze Zwischenfrage: Kommt der Begriff »gesellschaftlicher Zusammenhalt« in der Lehre des Asset Managements vor?

Diesen so wichtigen gesellschaftlichen Zusammenhalt kann nur die Demokratie herstellen. Demokratische Strukturen machen es möglich, Gesamtzusammenhänge zu erkennen, zu diskutieren. Daraus Lehren zu ziehen schafft nur die Demokratie. Das schafft keine Wirtschaftsordnung, kein Markt. Denn dort ist es nicht vorgesehen oder gar gewünscht, dass Menschen für ihre Überzeugungen auf die Straße gehen. Gott behüte, das stört ja die Produktion und das mögen die Märkte gar nicht.

## ÜBERZEUGEN STATT ANSCHAFFEN

Aber natürlich dauern solche demokratischen Prozesse, sind langwierig, weil Mehrheiten nötig sind, überzeugt statt angeschafft werden muss. Da nützen konservative Überzeugungen wie »wer nicht hören will muss fühlen« oder »nur Druck ermöglicht Leistung« nichts. Es läuft nicht wie in der Wirtschaft, einer schafft an oder drückt aufs sprichwörtliche Knöpfchen. Es ist sogar demokratiepolitisch überaus bedenklich, wenn das so schwierige Finden von Mehrheiten sozusagen als Plage gezeichnet wird. Das ist deswegen gefährlich, weil das Verlassen dieser Entscheidungsprozesse mit Sicherheit keine bessere Gesellschaft bringt. Vielmehr vergrößert sich die Gefahr von Diktaten einzelner Interessensgruppen wie etwa der Wirtschaft immens. Also: Vorsicht bitte!

Unser Wirtschafts- und Finanzsystem ist in der Krise, nicht die Demokratie! Das sollte man nicht verwechseln, denn das hat in der Geschichte schon zu oft in die Katastrophe geführt. Die Demokratie muss über »den Märkten« stehen. Denn eine liberale Wirtschaftsordnung ist kein Selbstzweck zur Gewinnmaximierung und Reichtumsvermehrung des Einzelnen, sie hat ausschließlich einer Verbesserung der Lebenssituation möglichst vieler Menschen zu dienen. Sonst wedelt nämlich – wie derzeit – der Schwanz mit dem Hund. Der Schwanz sind »die Märkte«, der Hund ist unsere demokratische Werte- und Ethikgesellschaft.

Deswegen sind jetzt viele auf der Straße und noch mehr Menschen spüren, dass die Wirtschafts- und Finanzwelt am Ende ihrer Weisheit angelangt ist. Da kann ihnen einseitige Wirtschafts- und Finanzwissenschaft nicht mehr das Gegenteil einreden. Diese Entwicklung könnte der Beginn einer Zeitenwende zur Überwindung des Diktats der ungehemmten, undemokratischen Märkte sein. Eine Mehrheit in der Politik muss es bloß wagen, das liberale Finanzsystem in die Schranken zu weisen. In bestimmten Teilen des Wirtschaftens auf Kooperation statt Konkurrenz zu setzen. Das wäre echte Demokratie, lebendiger und stärker als je zuvor. Denn Finanz- und Wirtschaftswelt sind nur ein Teil einer Gesellschaft, Mittel und Zweck für ein besseres Leben der Menschen und daher als Vorbild oder gar Druckmittel völlig ungeeignet! 🍀

**DAS KUPFERNE  
GEDÄCHTNIS**  
JEREMIAS ALTMANN



# Neue Wege der kommunalen BürgerInnenbeteiligung

In seinem Beitrag stellt Michael Rosecker Gedanken über partizipative Politik von unten in einer herausfordernden Zeit an.

**W**ir leben in Zeiten der dynamischen und oft komplex-undurchschaubaren gesellschaftlichen Transformationsprozesse. Diese wurden durch eine von den gesellschaftlichen Eliten gewollten und gemachten Deregulierungsstrategie in Gang gesetzt – fast ausschließlich ohne aktive Beteiligung und oft gegen die Interessen breiter Bevölkerungsschichten. Dennoch wurden diese Prozesse schrittweise durch bewusst forcierte ideologische und kulturell geformte Wahrnehmungs- und Bewertungsmuster breiter Schichten der Bevölkerung gestützt und verfestigt. Was als Kolonisierung der Wirtschaftswissenschaften durch den Marktradikalismus begann, endete durch breitenwirksame mediale Trommelfeuer im unreflektiert als rundweg richtig empfundenen Alltagsdiktum »Mehr Markt, weniger Staat«. Ein Teil des Zaubers des Neoliberalismus lag eben darin, vermeintliche Bevormundungen durch den Staat genauso zu reduzieren wie soziale Kontrollen durch gesellschaftliche Konventionen und Rollenbilder. Dadurch versprach er neue (konsumbasierte) Wahlmöglichkeiten der individualistischen Lebensführung zu eröffnen.

Alles zusammen führte, durch übereifrige Mithilfe der politischen Eliten selbst, zur Schrumpfung der Gestaltungsmacht des Politischen und einer Dominanz der Marktlogik. Die daraus entstehenden tiefgehenden Veränderungen des sozialen Gefüges, die nun das Alltagsbewusstsein der Menschen erreicht haben, werden durch die sozialen Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise radikalisiert und offenbaren endgültig schwerwiegende Machtasymmetrien in den Demokratien. Es sollte auch nicht vergessen werden, dass »gläubiges« und eifriges Deregulieren durch die Politik dazu geführt hat, dass immer breitere Bevölkerungsschichten in das Pyramidenspiel der Finanzspekulation hineingelockt und hineinbetrogen wurden. Das verursachte auch die Tiefe und scheinbare Unbegrenztheit der Krise, weil kaum eine gesellschaftliche Sphäre davon

verschont bleibt und nicht mit(ver)schuld(et) ist. Die Komplexität von (technisierten) Lebenszusammenhängen, die ökonomischen Ungleichheiten, Umbrüche in der Arbeitswelt, die Neubewertung der Wichtigkeit der Lebensbereiche und die ethisch-kulturelle Pluralisierung der Lebensstile produzieren Widersprüchlichkeit und Unüberschaubarkeit. Es kam endgültig durch das Zerschneiden des Zusammenhangs von sozialer Position, Arbeitswelt, Werterhaltung und politischem Verhalten zur Auflösung der alten, geschlossenen sozio-kulturellen Milieus. Dem folgt das Abschmelzen der mit diesen Milieus verbundenen kulturellen Lebensprägungen, politischen Sozialisierungen und nicht-hinterfragten Rollenverständnissen bzw. Handlungsweisen. Somit stehen die Hauptsozialisationsinstanzen (Familie, Schule, Peergroups etc.) immer öfter in einem (institutionen)politikfreien Zusammenhang.

## VERTREIBUNGSPROZESSE

Durch umfassende Neuformatierung alltäglicher gesellschaftlicher Rahmen greifen die alltagskulturellen Deutungs- und Problemlösungsmodelle vieler Menschen nicht mehr und Sinnbildungsprozesse werden brüchig und verlieren ihre Orientierungskraft: die »intuitive Grammatik des Sozialen« (David Miller) muss in zentralen Lebensbereichen neu verhandelt werden. Der deutsche Sozialwissenschaftler Oskar Negt fasste diese Entwicklungen gleichsam als (kulturell-mentalen) »Vertreibungsprozess« vieler Menschen »aus ihren gewohnten Umgebungen, aus ihrer Lebenswelt, in der sie sich wiedererkennen können« zusammen. Daher entladen sich die Folgen vieler »großer« gesellschaftlicher Umbrüche in »kleinen« lebensweltlichen Alltagskonflikten, die sich dann jedoch entlang der Konfliktlinien jung/alt, zugewandert/ansässig, kinderreich/kinderlos, arm/reich etc. als Lebensstilkonflikt kulturalisieren und sich als subjektivistische Fehlinterpretation traditionellem konventionellem politischem Handeln entziehen. Dieses und die damit verbundene Beteiligung in Parteien,

Kirchen, Gewerkschaften, gesetzgebenden Körperschaften und verwaltungstechnischen Prozessen werden als dem eigenen Leben fern, langweilig und – wie die aktuelle Krise offenbart, nicht ganz unbegründet – als folgenlos empfunden. Das Misstrauen gegenüber gesellschaftlichen Eliten steigt und Institutionen wird generelle Dysfunktionalität unterstellt. Die Bindungen in der repräsentativen Demokratie zwischen den Repräsentierten und der RepräsentantInnen werden brüchiger, vielschichtiger und vermittlungsintensiver. Damit wächst die Kluft zwischen den von der breiten Bevölkerung wahrgenommenen gleichsam gefühlten Lebenswirklichkeiten und dem was Medien, WissenschaftlerInnen, ManagerInnen und PolitikerInnen als Realität definieren ebenso wie die Kluft zwischen den Überzeugungswelten der politischen Elite und der restlichen (stark fragmentierten) WählerInnenschaft.

Nicht nur der einzelne Mensch, sondern auch gewachsene Institutionen müssen sich den neuen Herausforderungen anpassen, können es aber nicht in entsprechender Form, weil das hohe Tempo der Transformationsprozesse auch sie überfordert. Gerade auch demokratische Institutionen und Prozesse sind von diesen Herausforderungen betroffen. Dass damit verschränkt die Zufriedenheit der BürgerInnen mit dem Funktionieren der Demokratie in Österreich ebenso sinkt wie das Vertrauen in die Politik im Allgemeinen wird durch Studien belegt. Es steht fest, dass die sich damit ergebenden Herausforderungen in einer hochgradig differenzierten Gesellschaft nicht ausschließlich von oben herab – also durch Gesetze, Verordnungen, Wohlmeinen der Eliten etc. – bewältigt werden können. Es ist mit Colin Crouchs Worten zu betonen, dass »in Fragen des Zusammenlebens technokratische Antworten niemals ausreichen«.

Geantwortet wird auf diese Tatsachen europaweit mit einer deutlichen Aufwertung der lokalen Ebene und der strukturierten Förderung kommunaler BürgerInnenpartizipation. Ebenso in der Ö 2020-Diskursgruppe 8 – »Demokratie, Partizipation und Medien« – wurden neue Wege gesucht, um

neues Vertrauen zu schaffen und die Demokratie durch Reformen zukunftsfähig zu machen. Eine Antwort auf diese Fragen wurde in neuen Methoden der kommunalen BürgerInnenbeteiligung gefunden.

## PARTIZIPATION

Aufgrund der starken Verbundenheit vieler ÖsterreicherInnen mit ihrem Lebens- und Wohnort, sind die Gemeinden und Städte der Raum, in dem Demokratie und Politik am unmittelbarsten für jede/n erfahrbar werden. Sie sind Kristallisationspunkt und gleichsam »Schulen« aktiver und lebendiger Demokratie. Hier kann dem eigenen Drang nach Gesellschaftsveränderung und Selbstverwirklichung in der eigenen Lebenswelt nachgegangen werden. Politik kann vor Ort ihre Problemlösungskompetenz und demokratische Gestaltungskraft unmittelbar unter Beweis stellen. Dem Misstrauen gegenüber der Politik, der drohenden wachsenden Politikabstinenz und dem sinkenden Verantwortungsbewusstsein gegenüber dem Gemeinwohl sind hier durch Transparenz und Kooperation entgegenzutreten. Daher soll das Verhältnis demokratischer Institutionen zu den BürgerInnen in den Facetten des direkten Kontakts im Dialog ergänzt werden, um über den Weg neuer Beteiligungsformen neues Vertrauen, neues Engagement und neue Gemeinwohlorientierung für die Demokratie in Österreich zu schaffen.

Neue Formen der Partizipation sollen die BürgerInnen nicht in die Schiedsrichterrolle drängen, sondern sie von vornherein einbinden in die Politikformulierung, -entwicklung und -implementierung. Demokratische Politik als gemeinsame Sache des sozialen Lebens. BürgerInnenpanele, BürgerInnen(Online)Konsultationen, offene Innovationen-Strategien und kommunale BürgerInnenbegehren sind einige Werkzeuge, die helfen können das Politikverständnis grundlegend zu verändern. Das Verstärken der lebensweltlichen Kommunikation unter Anwesenden ebenso wie der verstärkte Einsatz neuer Medien sind hier kein Widerspruch, sondern Gebot der Zeit. Durch eine niederschwellige und

Gleichheit fördernde Öffnung politischer Prozesse kann eine neue demokratische Legitimation entstehen: Durch Vertrauensbildung zwischen den MitbürgerInnen selbst und zu den demokratischen Institutionen bzw. Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen. So könne neue Allianzen gebildet und neue Antworten auf drängende Fragen der Zeit gefunden werden. Dass solche neuen Methoden generell ein elitenherausforderndes Verhalten provozieren können und ein neues Politikverständnis verlangen, liegt auf der Hand und ist unumgänglich für gesellschaftspolitische Transformationen.

Es ist zu betonen: In den oben beschriebenen globalen Prozessen stehen sich bei vielen Menschen Kontrollverluste und Orientierungsschwierigkeiten auf der einen und Entfaltungschancen und ein Zugewinn an Handlungsoptionen auf der anderen Seite gegenüber. Jedoch gerade in Zeiten des krisenhaften Legitimationsverlusts, der steigenden Ungleichheit bei der Nutzung des Wohlstandes, der Ungleichverteilung der Lasten der Wirtschafts- und Finanzkrise und der wachsenden Kluft zwischen Eliten und Bevölkerung überwiegen leicht die gegenwärtigen Ängste die zukünftigen Chancen. Der deutsche Schriftsteller Dietmar Dath hat hart formuliert, dass Gesellschaften, Gefahr laufen »beim ersten Versorgungs- oder Raumordnungsengpass in blutige Angstbeißerei abzurutschen«.

Es besteht also Handlungsbedarf und es sollte stets – mit Thomas Meyers Worten – bedacht werden, dass die Demokratie »zu allen Zeiten als eine gefährdete Form der politischen Selbstorganisation menschlicher Gesellschaft galt«. Die Zeit des »Etwas-für-die-Menschen-Tuns« ist vorbei. Politisches Handeln wird in ein »Etwas-mit-den-Menschen-Tun« transformiert werden müssen. Hier auf kommunaler Ebene Kanäle öffnen, Mitbestimmung ermöglichen und Transparenz schaffen, ist eine Möglichkeit sich den Herausforderungen der Gegenwart zu stellen. Werden diese niederschweligen kommunalen Beteiligungsmöglichkeiten, dann auch noch als umfassender Lern-, Entwicklungs- und Veränderungsprozess ver-

standen, der niemals eine Einbahnstraße sein darf, also nicht nur die Repräsentierten, sondern vor allem auch die RepräsentantInnen umfasst, dann sind sie eine wichtige und mutige Facette der Krisenbewältigung und Weiterentwicklung der Demokratie. Denn eines muss uns klar sein: Krisen bergen Chancen in sich, aber manchmal erst nach schweren gesellschaftlichen Verwerfungen. 

MICHAEL ROSECKER

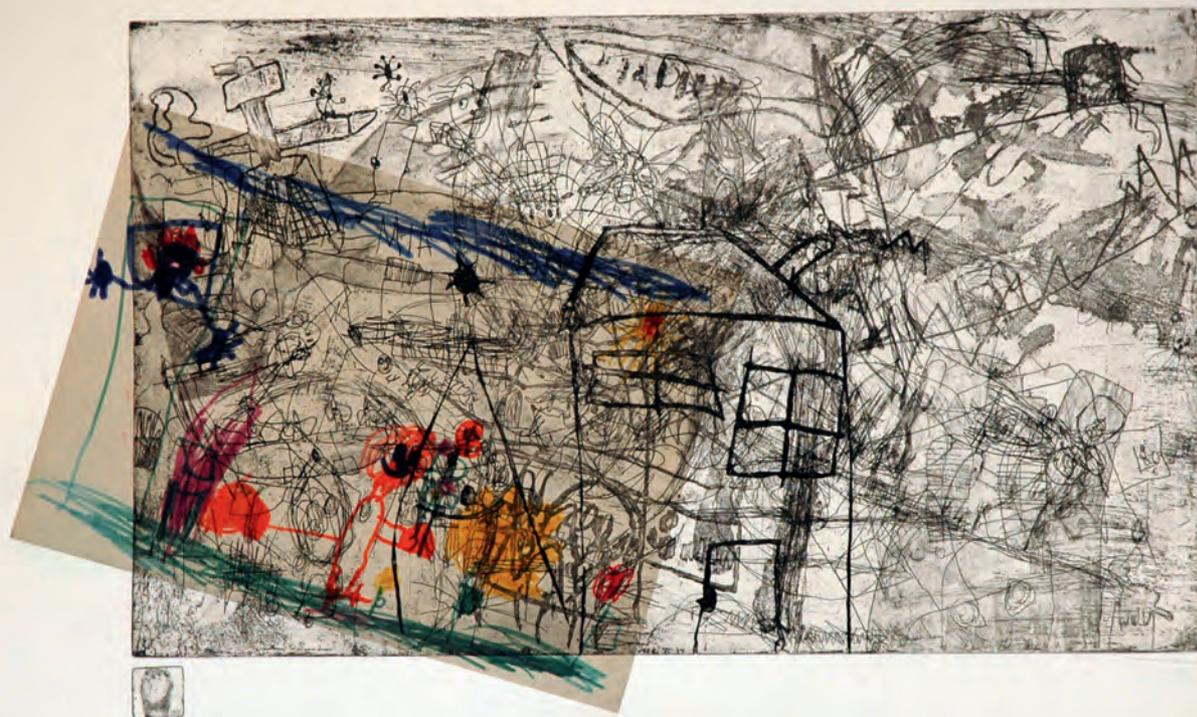
ist Mitarbeiter des Dr.-Karl-Renner-instituts  
und Redaktionsmitglied der ZUKUNFT.

#### Literatur

**Crouch, Colin:** Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus (Berlin 2011) S. 135 | **Darth, Dietmar:** Maschinenwinter. Wissen, Technik, Sozialismus (Frankfurt/Main 2008) S. 11 | **Friesl, Christian/ Polak, Regina / Hamacher-Zuba, Ursula (Hg.):** Die Österreicher/innen – Wertewandel 1990 – 2008 (Wien 2009) | **Glatzer, Wolfgang:** Gefühlte (Un)gerechtigkeit, S. 15, in: APuZ – Aus Politik und Zeitgeschichte 47/2009, 16. November 2009, S. 15 – 20. | **Honneth, Axel:** Das Recht der Freiheit. Grundriss einer demokratischen Sittlichkeit (Berlin 2011) | **Meyer, Thomas:** Soziale Demokratie. Eine Einführung (Wiesbaden 2009) S. 226 | **Miller, David:** Grundsätze sozialer Gerechtigkeit (Frankfurt/New York 2008) S. 19 | **Negt, Oskar:** Der politische Mensch. Demokratie als Lebensform (Göttingen 2010) S. 228 | **Polak, Regina (Hg.):** Zukunft, Werte, Europa. Die europäische Wertestudie 1990 – 2010: Österreich im Vergleich (Wien 2011) | **Rosecker, Michael:** Pluralität und Ungleichheit. Herausforderungen ungleicher Lebenslagen, -chancen, -stile und -welten für die Demokratie. In: Rosecker, Michael / Schmitner, Sabine (Hg.): Armut und Reichtum (Wiener Neustadt 2011) | **Schulz, Wolfgang / Haller, Max / Grausgruber, Alfred (Hg.):** Österreich zur Jahrhundertwende. Gesellschaftliche Werthaltungen und Leben (Wiesbaden 2005)

**DAS KUPFERNE  
GEDÄCHTNIS**

JEREMIAS ALTMANN



# Zahlen bitte!

**Markus Marterbauer liefert** in seinem neuen Buch alle Antworten auf jene Fragen, die sich vernünftige Wirtschaftspolitik heute stellen sollte. Eine weihnachtliche Pflichtlektüre, nicht nur (aber besonders auch) für TeilnehmerInnen an Krisengipfeln aller Art.

**S**eit dem Ausbruch der Wirtschaftskrise 2007/2008 scheitern Europas regierende Eliten bei der Suche nach dem richtigen Rezept, die gegenwärtige Krise nachhaltig zu überwinden. Nach dem gerade noch verhinderten Kollaps der Finanzmärkte, schlitterte 2008 die gesamte Wirtschaft in eine tiefe Rezession. Heute, nachdem die Optimisten die Krise schon für überwunden gehalten hatten, stürzt sich Europa im Angesicht der nach wie vor ungelösten Krisenursachen mit einer atemberaubend dummen Spar- und Stabilitätsrhetorik unerschrocken in die nächste Rezession. Europas Regierungschefs und neoliberale Leitartikler versichern sich gegenseitig, dass es die mangelnde Budgetdisziplin sei, die es als Krisenursache zu bekämpfen gelte, und fordern Schuldenbremsen aller Art. Einen vernünftigen wirtschaftspolitischen Gegenentwurf zum neoliberalen Budgetwahnsinn lassen auch die sozialdemokratischen Regierungschefs völlig vermissen.

Dabei liegen die zentralen Punkte seit Herbst dieses Jahres auch in Österreich auf dem Tisch, und zwar im wahrsten Sinne des Wortes: Auf 242 Seiten analysiert Markus Marterbauer in seinem neuen Buch die wesentlichsten Ursachen der Krise, er beleuchtet ihre Folgen und wirksame politische Antworten. Wie gewohnt bedient er sich dabei einer Sprache, die einerseits wirtschaftspolitischen LaiInnen verständlich und nachvollziehbar ist, sein Buch aber andererseits auch für sachverständige LeserInnen spannend macht.

Marterbauers Argumentation ist für linke KeynesianerInnen inhaltlich wenig überraschend, selten wird sie aber so stringent und faktenreich vorgetragen: Die Krise sei aus dem Zusammenspiel von wachsender Ungleichverteilung von Ein-

kommen und Vermögen innerhalb von Volkswirtschaften, aus wachsenden Ungleichgewichten in den Handels- und Leistungsbilanzen zwischen den Volkswirtschaften und der Deregulierung der Finanzmärkte zu erklären. Eine nachhaltige Überwindung der Krise müsse deshalb an allen drei Hebelpunkten ansetzen: Die Regulierung der Finanzmärkte muss mit einer Verkleinerung des Finanzsektors verbunden werden; Länder wie Deutschland und Österreich müssen ihre Exportüberschüsse reduzieren, indem sie ihre Importe erhöhen; und schließlich muss der Wohlstand gerechter verteilt werden, um zu verhindern, dass Massenkonsum durch Privatkredite finanziert wird, während die Vermögenden ihr Geld in die globalen Spielcasinos tragen.

## WIRTSCHAFTSWACHSTUM

Besonders lesenswert scheint in diesen Tagen das Kapitel zum Staatshaushalt: Unaufgeregt legt Marterbauer dar, dass bei allen nationalen Besonderheiten der Budgetkrisen mancher EU-Staaten der Zusammenhang zur Finanzkrise gesehen werden müsse. Die grundsätzlich auch von ihm bejahte budgetäre Konsolidierung erfordere ein starkes und stabiles Wirtschaftswachstum, die auferlegten strikten Sparkurse in Südeuropa bewirken aber gerade das Gegenteil, nämlich die Schrumpfung der Volkswirtschaften. Europas (wirtschafts-)politische Schwäche liege darin, dass der europäische Stabilitätspakt den zentralen Zusammenhang zwischen Wachstum und Budgetsaldo vernachlässige. Marterbauer verweist auf ein budgetpolitisches Instrument, das diese große Schwäche noch verstärke: die in Deutschland eingeführte Schuldenbremse. Sie drohe die Spielräume der Politik in der Krise weiter einzuschränken und eine prozyklische Budgetpolitik zu stärken. Kurz nach Veröffentlichung seines Buches verschärften Euro-

pas Regierungschefs den Stabilitätspakt und verlangten von allen Mitgliedsländern die Einführung von Schuldenbremsen.

Dass es Marterbauer nicht darum geht, Recht zu haben, sondern die gesellschaftspolitische Dimension von Wirtschaftspolitik aufzuzeigen, zeigt sich auch darin, mit welchen Zielen er sie verbindet: gerecht verteilter Wohlstand, Vollbeschäftigung, kürzere Arbeitszeiten und den Ausbau des Sozialstaates, insbesondere eine Ausweitung sozialer Dienstleistungen wie Kinderbetreuung oder Altenpflege. Es sollte SozialdemokratInnen eigentlich mit Mut und Entschlossenheit erfüllen, dass diese Ziele allesamt Teil einer Erfolg versprechenden wirtschaftspolitischen Strategie zur nachhaltigen Überwindung der gegenwärtigen Krise sein müssten. Warum man sich in der gegenwärtigen politischen Praxis stattdessen den zum Scheitern verurteilten, sozial- und wirtschaftspolitisch katastrophalen Rezepten der Neoliberalen verschreibt, bleibt nach dieser Lektüre mehr denn je schleierhaft.

## GEGENENTWURF

Dass manche für Linke wichtige Politikbereiche und ihre Zusammenhänge zur Wirtschaftspolitik unterbelichtet bleiben, ist eine verkraftbare Schwäche des Buches: Wer grundlegende Kapitalismuskritik oder die ausführliche Behandlung ökologischer Fragen erwartet, muss zu anderer Lektüre greifen. Aber dies ist wohl auch dem Fokus des Buchprojekts geschuldet: Markus Marterbauers Buch ist ein konzeptioneller Gegenentwurf zum Marsch in den wirtschafts- und sozialpolitischen Kollaps, den Europa derzeit gerade unter Führung der europäischen Staats- und Regierungschefs antritt. Und er ist ein unschätzbare Beitrag zur Information und Schaffung einer kritischen Öffentlichkeit, die diesen Marsch aufhalten muss. Ein absolutes Muss, um argumentativ und moralisch gestärkt ins neue Jahr zu starten. 🍷



Markus Marterbauer  
**ZAHLEN BITTE!**  
Deuticke Verlag  
253 Seiten  
18,40 Euro

**LUDWIG DWOŘAK**

ist gf. Chefredakteur der ZUKUNFT.

# Hass auf die »Unterschichten«

**Armin Puller bespricht** das in Großbritannien mehrfach ausgezeichnete und vieldiskutierte Buch von Owen Jones »Chavs. The Demonization of the Working Class«.

**V**icky Pollard, eine junge übergewichtige Mutter in Jogginganzug, empfängt ihre Sozialarbeiterin. Als diese nach dem Befinden ihres Babys fragt, weicht Vicky aus und erzählt stolz in unverständlichem Slang Details aus ihrem Leben voll Unmoral, Müßiggang, Promiskuität und Arbeitsscheue. Erst auf Drängen der Sozialarbeiterin, die eigentliche Frage zu beantworten und den peinlichen Redeschwall zu stoppen, rückt Vicky mit der Wahrheit heraus: Sie hat ihr Baby gegen eine neue CD einer Popgruppe eingetauscht.

Vicky Pollard ist eine der Hauptfiguren in Großbritanniens erfolgreichster Comedy »Little Britain«, die auch vom ORF ausgestrahlt wird. Gegenstand der Serie sind plakative Figuren aus der »Unterschicht«: unmoralische Rabenmütter, betrunkenen weibliche Teenagergangs, nutzlose Arbeitslose – eine Welt voller ungepflegter und ungebildeter Menschen in Jogginganzügen. Eine Studie der London School of Economics<sup>1</sup> gelangte zum Ergebnis, dass »Little Britain« voll der Figuren des Hasses sei: Die produzierten Lacher basieren auf Abscheu, vor allem vor Leuten aus der »Unterschicht«. Das Lachen über Vicky Pollard ist ein Lachen über ihr stereotypisiertes Aussehen, ihr Unvermögen, ihre eigene Dummheit zu erkennen, und ihre Lebensweise, die als ekelhaft und zugleich selbstgewählt präsentiert wird.

In den britischen Medien gilt Vicky Pollard als Paradevertreterin der heutigen ArbeiterInnenklasse, für deren Bezeichnung seit 2004 das Schimpfwort »chav« (am ehesten mit »Prolet/in«, »ungebildete/r Asoziale/r« übersetzbar) durch die Medien geistert. Verteidigende Definitionen des Schimpfwortes behaupten, nur Personen mit bestimmten negativen (manierlosen, asozialen, gewalttätigen etc.) Verhaltensweisen würden als »chavs« oder »chavettes« bezeichnet werden; ge-

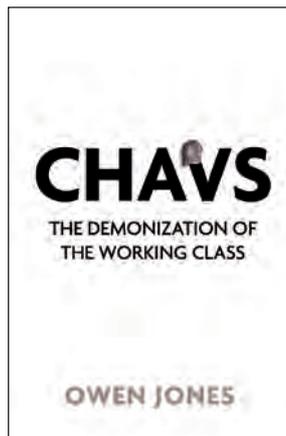
nauere Beobachtungen zeigen aber deutlich, dass es stets auch um die Diffamierung der (imaginierten) Lebensverhältnisse der ArbeiterInnenklasse insgesamt geht. Der britische Historiker, Journalist und Gewerkschafter Owen Jones ist in einem kürzlich erschienenen Buch der Frage nachgegangen, warum der Hass auf die ArbeiterInnenklasse sozial akzeptabel und salonfähig gemacht werden konnte. Seine Analyse zeigt, dass Klassenhass<sup>2</sup> in Großbritannien auf eine besonders aktive Tradition bauen kann, die im Thatcherismus einen vorläufigen Höhepunkt fand und unter New Labour aufrechterhalten wurde.

## WURDE ZU ABSCHAUM

Jones zeichnet nach, wie sich das thatcheristische Projekt – gestützt auf eine klassenbewusste rechte Parteilite und munitioniert mit den Ideen des Monetarismus – gezielt gegen die Bastionen der ArbeiterInnenbewegung richtete: Gewerkschaften, Industrie, Städte, sozialen Wohnbau etc. Der Thatcherismus veränderte dabei auch die Art und Weise, wie soziale Klasse/n gesehen wurden: Die ArbeiterInnenklasse wurde vom Salz der Erde zum Abschaum der Erde, Solidarität wurde durch Individualismus ersetzt und Eigentumsbesitz zum neuen Lebensziel und Lebensstil erhoben. Galten die Angriffe der Konservativen auf die Gewerkschaften vor Thatchers Wahlsieg 1979 noch deren vermeintlicher kollektiver Stärke, setzte rasch, insbesondere nach dem verlorenen Minenarbeiterstreik 1984f., ein »class war« der Dämonisierung und völligen Marginalisierung der ArbeiterInnenklasse ein. Aus den Medien ist sie bis heute in jeder Hinsicht verschwunden und taucht nur dann auf, wenn Gewalt, soziale Verrohung und moralischer Verfall thematisiert werden.

Thatcher kreierte einen Mythos über die britische Sozialstruktur, wonach die gesellschaftliche Mehrheit aus Mit-

1. FINDING, DEBORAH (2008): »I can't believe you just said that«: Figuring gender and sexuality in Little Britain; LSE Electronic Working Papers No. 13, [www2.lse.ac.uk/media@lse/research/mediaWorkingPapers/archive/ewpNumber13.aspx](http://www2.lse.ac.uk/media@lse/research/mediaWorkingPapers/archive/ewpNumber13.aspx)
2. Klassenhass wird seit einiger Zeit in den Sozialwissenschaften unter der Bezeichnung »Klassismus« als vernachlässigte herrschaftsförmige Ideologie und soziale Ausschließungspraxis neben Rassismus und Sexismus diskutiert. Klassismus meint dabei häufig die individuelle, institutionelle und kulturelle Diskriminierung und Unterdrückung von Menschen in Armutsverhältnissen oder schlecht entlohnten bzw. unqualifizierten Arbeitsverhältnissen (bspw.: ANDREAS KEMPER, HEIKE WEINBACH: Klassismus. Eine Einführung; Münster 2009).



Owen Jones  
**CHAVS**  
**The Demonization**  
**of the Working Class**  
 Verso Books  
 304 Seiten  
 18,99 Euro

telschichten bestünde, neben denen nur eine immer kleiner werdende Rumpfschicht an Arbeitenden existiere, die den individuellen Sprung in bessere Verhältnisse, das Flüchten aus der »Unterschicht«, – aus Gründen der Selbstverschuldung – noch nicht geschafft hat. Die Konstruktion Mittelschicht-Britanniens (*Middle England*) wurde von New Labour, wie vieles andere, nahtlos weitergeführt. Statt die allgemeinen Lebensverhältnisse der ArbeiterInnenklasse zu verbessern, propagierte Blair thatcheristische Lösungen wie den individuellen Aufstieg für Qualifizierte und Talentierte und bewarb die Ausweitung der Mittelschichten zum Hauptziel.

Dass diese Option aber für einen Großteil der arbeitenden Bevölkerung – die durch Deindustrialisierung, Privatisierung des sozialen Wohnbaus, Reduktion des Wohlfahrtsstaats und massive Zunahme von Ungleichheit in ihren Möglichkeiten beschnitten und ihren Perspektiven auf Verbesserung, nicht zuletzt durch mediale Aburteilungen und Spott, beraubt wurde – schlicht nicht möglich sein kann, tauchte am Horizont von Blairs und Browns politischen Strategien nicht auf. Die Wahl von New Labour 2010 – unter Ansagen wie »a bigger middle class than ever before« – scheiterte letztlich an fehlender Unterstützung der marginalisierten Arbeitenden, die von Labours Politik kaum repräsentiert wurden.

## KLASSENHASS

Direkt bei Thatchers »class war« setzt, wie Jones darstellt, die neue konservative Regierung an. Die Strategie David Camerons ist – insbesondere seit den *riots* – um dem Mythos von *Broken Britain* zentriert: Britannien wäre von einer »sozialen Rezession« getroffen worden, die ganze »Unterschicht«-Gemeinden drogensüchtiger, asozialer GewalttäterInnen und krimineller Arbeitsloser geschaffen habe. Um diese Zustände zu verändern, müssen nicht etwa die Ursachen von Arbeitslosigkeit, Armut und Wohnungsnot gelöst werden, sondern der Sozialstaat, der diese Zustände finanziert, zurückgefahren werden, wovon vor allem, so Cameron, die Mittelschichten profitieren würden. Diese sich weiterdrehende Spirale des

Klassenhasses erhält nun zusätzlichen Aufwind durch den als alternativlos dargestellten europäischen Sparwahn.

Owen Jones' Buch ist ein gut recherchierter Mix aus tiefgründigen Erklärungen und gutem Journalismus. Sein Material bilden nicht nur historische Quellen, sondern auch und vor allem Interviews mit Größen von Labour, Tories und Gewerkschaften, aber auch BewohnerInnen der als »Chavtowns« bezeichneten deindustrialisierten ArbeiterInnenstädte, sowie Medienanalysen und genaue Beobachtungen der politischen Konjunktur Britanniens. Kate Pickett und Richard Wilkinson, die durch ihre Studie, wonach soziale Gleichheit und »gerechte Gesellschaften für alle besser sind«, bekannt wurden, sprechen dem Buch zu, eine der brilliantesten Analysen Britanniens der letzten 30 Jahre zu sein. Picketts und Wilkinsons Buch wurde 2010 häufig als wichtigstes Buch des Jahres bezeichnet, Jones' Buch wird diese Ehre für 2011 zugesprochen. Sein zentrales Verdienst ist es, die politischen Mechanismen und Strategien von Klassenhass aufzuzeigen, vor allem aber, Diskussionen über Klassenverhältnisse wieder in die Zeitungslandschaft gebracht und die fehlende Repräsentation der ArbeiterInnenklasse (nicht nur, aber insbesondere) in Britannien thematisiert zu haben.

Insofern Ed Miliband die fehlende Verbindung zur ArbeiterInnenklasse bereits als zentrales Problem nicht nur der Wahl 2010, sondern von New Labour insgesamt erkannt hat, wäre zu hoffen, dass viele von Owens Argumenten auf den künftigen Kurs der Partei Einfluss nehmen. 

**ARMIN PULLER**  
 ist Redaktionsmitglied der ZUKUNFT.

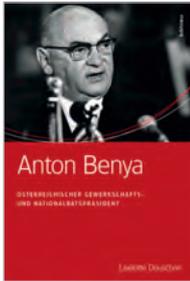


**DAS KUPFERNE  
GEDÄCHTNIS**

JEREMIAS ALTMANN



# Benya, Freiheit & Menschenrechte



**Liselotte Douschan**  
ANTON BENYA

Benya stieg an die Spitze des ÖGB auf, dessen Präsident er von 1963 bis 1987 war. Durch sein Verhandlungsgeschick hatte er entscheidenden Anteil am Zustandekommen der Sozialpartnerschaft. Wesentlichen Einfluss übte er auf die Regierungspolitik Bruno Kreiskys aus. Als der am längsten dienende Erste Nationalratspräsident Österreichs von 1971 bis 1986 war er eine der Symbolfiguren der österreichischen Sozialdemokratie.  
**BÖHLAU, 323 Seiten, 29,90 Euro**



**Anna Politkovskaja**  
DIE FREIHEIT DES WORTES

Der unveröffentlichte Text, der sich auf Anna Politkovskajas Computer fand, bildet gleichsam ihr Vermächtnis, eine bittere Bilanz der Freiheit des Wortes in Russland: Propaganda statt Recherche und Fakten, entstellte Bilder der Wirklichkeit, »patriotische« Attacken auf alles, was »fremd« ist. Diesem Weltbild ist Anna Politkovskajas journalistisches Ethos diametral entgegengesetzt.  
**DUMONT, 314 Seiten, 19,20 Euro**



**Roberto Zapperi**  
EINE ITALIENISCHE KINDHEIT

Ein acht Jahre alter Junge erlebt die Schrecken des Zweiten Weltkrieges. Seine Erlebnisse verschränken sich mit denen des immer verheerenderen Krieges und differenzieren seine ursprünglich uneingeschränkte Bewunderung für die deutschen Soldaten. Eine bewegende Geschichte, die das Leben im Italien der 40er Jahre wieder-aufleben lässt.  
**C. H. BECK, 176 Seiten, 20,60 Euro**



**J. FRIED / O. B. RADER (HG.)**  
DIE WELT DES MITTELALTERS

Kein anderes Zeitalter ist so beliebt bei den Lesern historischer Romane und zugleich so verdunkelt durch Klischees und Vorurteile wie das Jahrtausend des Mittelalters. Doch nicht wenig von der historischen Wahrheit ist auf dem langen Weg zu den Erinnerungsorten von heute abhanden gekommen oder durch phantasievolle Legenden und politisch nützliche Erfindungen ersetzt worden.  
**C. H. BECK, 560 Seiten, 39,10 Euro**



**Hans Joas**  
DIE SAKRALITÄT DER PERSON

Der Glaube an die universale Menschenwürde ist das Ergebnis eines Prozesses der Sakralisierung, in dessen Verlauf jedes einzelne menschliche Wesen mehr und mehr als heilig angesehen wurde. Diesen Prozess zeichnet Joas in exemplarischen Studien etwa über die Abschaffung der Sklaverei sowie anhand der Genese paradigmatischer »Erklärungen der Menschenrechte« nach.  
**SUHRKAMP, 467 Seiten, 27,70 Euro**



**Eva Illouz**  
WARUM LIEBE WEH TUT

Eva Illouz zeigt in ihrem Buch, inwiefern der Liebesschmerz wesentlich von den gesellschaftlichen Bedingungen der jeweiligen Zeit geprägt wird und keineswegs ein rein individuelles Problem ist, wie uns etwa Beziehungsratgeber weismachen wollen. Das Leiden an der Liebe ist ein soziologisches Phänomen, das Illouz untersucht wie einst Marx die Ware im Kapitalismus.  
**SUHRKAMP, 467 Seiten, 25,60 Euro**

Alle Bücher sind auch in der **Buchhandlung Löwelstraße** (1014 Wien, Löwelstraße 18; buchhandlung@spoe.at) erhältlich.

# Shanghai, Bayern & Dialekte



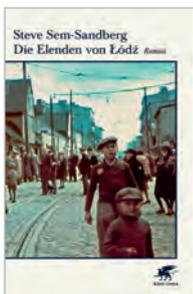
**Eileen Chang**  
DAS GOLDENE JOCH

Qiqiao ist mittellos, aber schön. Sie hat die Wahl, sich vor das goldene Joch einer arrangierten Ehe spannen oder als Konkubine aushalten zu lassen. Qiqiao zerbricht an ihrer Zeit, in der das moderne Versprechen der Selbstbestimmung neben der rigiden Moral und dem konfuzianischen Familienideal steht. In dieser und vier weiteren Erzählungen erweckt Eileen Chang das sich wandelnde Shanghai der 40er Jahre zum Leben.  
**ULLSTEIN**, 368 Seiten, 20,60 Euro



**Jeffrey Eugenides**  
DIE LIEBESHANDLUNG

Amerika, Anfang der achtziger Jahre, ein College an der Ostküste: Madeleine Hanna, begeisterte Leserin von Roland Barthes, schreibt eine literaturwissenschaftliche Arbeit über die «Liebeshandlung» viktorianischer Romane. Während sie über den uralten Beweggründen des menschlichen Herzens brütet, bricht das wirkliche Leben in Gestalt zweier junger Männer über sie herein.  
**ROWOHLT**, 624 Seiten, 25,70 Euro



**Steve Sem-Sandberg**  
DIE ELENDE VON ŁÓDŹ

In seinem Roman über das jüdische Getto in Łódź stellt der Autor die Frage nach den Mechanismen der Unterdrückung, dem Moment, in dem die Anpassung unerträglich wird. Auch für den starken Mann des Gettos, Mordechai Chaim Rumkowski. Der Autor porträtiert neben der zentralen Figur Rumkowskis das Leben zahlreicher Gettobewohner und gibt ihnen so einen Namen und ein Schicksal.  
**ATRIUM**, 224 Seiten, 20,50 Euro



**Josef Bierbichler**  
MITTELREICH

Im Ersten Weltkrieg zerschlägt eine feindliche Kugel zuerst den Stahlhelm und dann den Schädel des ältesten Sohnes vom Seewirt in einem bayerischen Dorf. Also muss sein jüngerer Bruder Pankraz das väterliche Erbe antreten. Aber es braucht schon einen Jahrhundertsturm, der droht, Haus und Hof in den See zu blasen, damit aus Pankraz doch noch ein brauchbarer Unternehmer und Familienvater wird.  
**SUHRKAMP**, 391 Seiten, 23,60 Euro



**Sebastian Polmans**  
JUNGE

Unten im Ort, der wie ein Niemandsland zwischen den Grenzen liegt, herrscht triste Normalität. Die Menschen gehen in die Kirche und prozesieren stolz beim Schützenfest. Von den Dingen, die um sie herum passieren, nehmen sie kaum Notiz. Den Jungen aber treiben Schwindelschübe. Die Enge des Dorfes schnürt ihm zunehmend die Luft ab. In einer Nacht plant er sein Fortgehen.  
**SUHRKAMP**, 196 Seiten, 18,40 Euro



**Friedrich Achleitner**  
IWAHAUBBD

Mitte der 1950er Jahre schrieb Gerhard Rühm »wir haben den dialekt für die moderne dichtung entdeckt«, und meinte damit außer sich selbst noch H. C. Artmann und Friedrich Achleitner. Friedrich Achleitners Dialektgedichte unterscheiden sich wesentlich von denen seiner Freunde. Mitten unter den verschiedenen Wiener Großstadtdialekten »hörte ich meinen Innviertler Dialekt mit anderen Ohren«.  
**ZSOLNAY**, 208 Seiten, 18,40 Euro

# Der Schulden Ursachen und ihre Bremse

In Österreich sind die Staatsschulden sprunghaft gestiegen: Sie betragen 2007 noch 60% des BIP, 2011 liegen sie schon bei 72%. Das ist eine Erhöhung um etwa 30 Milliarden Euro innerhalb von nur vier Jahren.

Von konservativer Seite wird versucht, die hohen Kosten des Sozialstaates für die Staatsschulden verantwortlich zu machen. Das entbehrt jeder Grundlage. Zwar sind die Sozialausgaben in Österreich über die letzte Jahrzehnte im Zuge des Ausbaus des Sozialstaates kräftig gestiegen: Betragen sie 1970 noch 21% des BIP, so erreichen sie derzeit gut 29%. Doch völlig parallel dazu haben sich auch die Steuern und Beiträge erhöht: Die Abgabenquote stieg von 34% des BIP im Jahr 1970 auf etwas mehr als 42%. Das heißt, der Ausbau des Sozialstaates wurde vollständig über höhere Abgaben finanziert. Das war auch sinnvoll. Die BürgerInnen sind bereit, für bessere soziale Leistungen auch mehr zu bezahlen.

Der sprunghafte Anstieg der Staatsschulden seit 2007 ist vielmehr die unmittelbare Folge der von Banken und Finanzmärkten ausgelösten Finanz- und Wirtschaftskrise. Die Kosten der Bankenrettung und der Ausfall an Steuereinnahmen in der Wirtschaftskrise trieben Budgetdefizit und Staatsschulden dramatisch nach oben.

Ohne Zweifel sind die Staatsschulden derzeit zu hoch. Sie müssen in den kommenden Jahren reduziert werden. Die Erfahrungen der Vergangenheit lehren allerdings, dass für die Bewältigung von Staatsschuldenkrisen neben einer disziplinierten Budgetpolitik vor allem eine gute Konjunktur notwendig ist. Denn dann wächst die Beschäftigung und die Steuereinnahmen sprudeln, das erleichtert Strukturreformen bei den Staatsausgaben.

Versucht man bei schlechten Konjunkturaussichten, wie sie für die kommenden Jahre bestehen, die Staatsausgaben kräftig zu kürzen, so besteht die Gefahr, dass man sich in eine Krise hineinspart. Das ist den Griechen in den letzten zwei Jahren passiert: Umfangreiche Ausgabenkürzungen und Steu-

erhöhungen haben den Einbruch der Wirtschaft verstärkt, zu einer Dämpfung der Steuereinnahmen geführt, die Budgetziele unerreichbar gemacht und den Anteil der Staatsschulden am BIP sogar erhöht.

Die wichtigste Voraussetzung für die Reduktion der Staatsschulden ist deshalb, endlich die Finanzmärkte und Banken in den Griff zu bekommen. Von ihnen droht die größte Gefahr für die Konjunktur.

Eine Schuldenbremse, die präzise Ziele für Budgetdefizit und Staatsschulden festlegt, ohne Rücksicht auf die Arbeitsmarktlage zu nehmen, ist deshalb nicht akzeptabel. Wird sie in einem Konjunkturabschwung umgesetzt, dann verstärkt sie den Anstieg der Arbeitslosigkeit, der mit hohen Kosten für den Staatshaushalt verbunden ist. Genau diese Gefahr droht in Österreich 2012 und 2013.

Eine derartige prozyklische Budgetpolitik muss verhindert werden. Notwendig sind jetzt erstens Umschichtungen im Budget, die Beschäftigung schaffen, ohne den Staatshaushalt zu belasten. Das ist durch den Abbau von Steuerbegünstigungen für Familien, private Pensionsvorsorge oder Unternehmen und den gleichzeitigen Ausbau von sozialen Dienstleistungen für Kinder und Pflegebedürftige machbar.

Zweitens müssen Maßnahmen der Budgetkonsolidierung gesetzt werden, die Nachfrage und Beschäftigung möglichst wenig dämpfen. Den unmittelbaren Ansatzpunkt bildet die markante Erhöhung der Steuern auf Vermögen. Das bis 2017 für die Schuldenbremse notwendige Einsparungsvolumen von 9,5 Milliarden Euro entspricht gerade 1,2% des Vermögens des obersten Zehntels der Haushalte. Eine politische Verknüpfung der Verringerung der Staatsschulden mit der Besteuerung von Vermögen ist deshalb unabdingbar. 

**MARKUS MARTERBAUER**

leitet die Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der AK Wien.



